

böllpaper

Deutschlands Rüstungsbeschaffung in Zeiten transatlantischer Unsicherheiten

Ein strategisches Dilemma

Dr. Dominik Tolksdorf



Deutschlands Rüstungsbeschaffung in Zeiten transatlantischer Unsicherheiten

Ein strategisches Dilemma

Ein Policy-Paper von Dr. Dominik Tolksdorf

Inhalt

Zusammenfassung 4

- 1 Einleitung 5**
 - 2 Zugeständnisse der europäischen Regierungen gegenüber der Trump-Regierung 7**
 - 2.1 Trumps Druckpotenzial gegenüber Deutschland 8
 - 3 Entwicklungen in den transatlantischen Rüstungsbeziehungen seit 2022 10**
 - 3.1 Keine einheitliche Position zu europäischer strategischer Autonomie 12
 - 3.2 Deutsch-amerikanische Koproduktionsvereinbarungen im Rüstungssektor 14
 - 3.3 Verteidigungs- und Beschaffungspolitik unter der Merz-Regierung 16
 - 4 EU-Programme zur Förderung eines „Buy European“-Ansatzes bei der Rüstungsbeschaffung 18**
 - 4.1 Regulatorische Reformen zur Förderung von Verteidigungsinvestitionen 21
 - 5 Die zunehmende Bedeutung neuer Technologien in der Beschaffung 23**
 - 5.1 Der wachsende Verteidigungstechnologiesektor in den Vereinigten Staaten 24
 - 5.2 Der Verteidigungstechnologiesektor in Deutschland und die Beschaffungspolitik der Bundesregierung 27
 - 5.3 Die Relevanz von Risikokapital in der Verteidigungstechnologiebranche 30
 - 5.4 Bemühungen zur Förderung von Innovation und Start-ups im Verteidigungstechnologiesektor 32
 - 5.5 Die zunehmende Bedeutung von Verteidigungstechnologien für die europäische Sicherheit 33
 - 6 Fazit und Handlungsempfehlungen 36**
- Danksagung 39
Der Autor 39
Impressum 39

Zusammenfassung

Das angespannte Verhältnis Europas zur Regierung von Donald Trump wirkt sich zunehmend auf die Rüstungsbeziehungen aus, die ein Kernelement der transatlantischen Verteidigungszusammenarbeit sind. Viele europäische Staaten beziehen einen erheblichen Anteil ihrer konventionellen Verteidigungssysteme aus den USA. Es wächst jedoch die Sorge, dass die Trump-Regierung oder auch künftige US-Regierungen bestehende Abhängigkeiten als politisches Druckmittel einsetzen könnten.

Vor diesem Hintergrund zeigt das Paper ein zentrales strategisches Dilemma der deutschen Politik – aber auch anderer EU-Staaten – bei der Rüstungsbeschaffung: Einerseits zielen die Entscheidungen der Bundesregierung darauf ab, die deutsche und europäische Verteidigungsindustrie nachhaltig zu stärken. Andererseits steht sie aufgrund der verschärften Bedrohungslage unter Druck, die militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr zügig auszubauen und dafür Rüstungsgüter zu beschaffen, die für die Abschreckung und Verteidigung Europas elementar sind. Dabei greift sie auch auf US-Systeme zurück – beispielsweise Kampffjets der fünften Generation („F-35“) oder Flugabwehrsysteme („Patriot“) –, auf die sie auch künftig angewiesen sein wird.

Um das Dilemma bei der Rüstungsbeschaffung abzumildern, schlägt dieses Paper einen Ansatz vor, der die Risiken einer übermäßigen Abhängigkeit von den USA berücksichtigt und diese schrittweise reduziert, ohne dabei die Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der NATO zu beeinträchtigen. Dazu sollte erstens vor künftigen Vergabeentscheidungen systematisch bewertet werden, welche sicherheits- und außenpolitischen Risiken mit einer Beschaffung aus Drittstaaten verbunden sind. Zweitens sollte die Bundesregierung bei ihren Bemühungen, kritische militärische Fähigkeitslücken zu schließen, europäische Verteidigungsprojekte gezielt fördern und Beschaffungen mit europäischen Partnern eng koordinieren. Drittens sollten insbesondere bei verteidigungstechnologisch sensiblen Produkten vorrangig Anbieter aus der EU sowie eng assoziierte Partner bevorzugt werden, um Skaleneffekte in Europa zu fördern und die technologische Souveränität zu stärken.

Es geht darum, sowohl die Bündnisfähigkeit als auch die europäische Handlungsfähigkeit gleichermaßen zu stärken. Mit einer verbesserten technologischen und verteidigungsindustriellen Basis können die europäischen Regierungen zu einem ausgewogeneren Lastenverhältnis innerhalb der NATO beitragen, die Resilienz des Bündnisses erhöhen und die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit den USA weiterentwickeln.

1 Einleitung¹

Die zweite Amtszeit von Präsident Donald Trump stellt die Bundesregierung vor erhebliche strategische Herausforderungen. Seit Jahrzehnten sind die Vereinigten Staaten Deutschlands zentraler sicherheits- und verteidigungspolitischer Verbündeter. Angesichts ihrer konfrontativen Haltung und transaktionalen Politik gegenüber den europäischen Partnern mehren sich die Zweifel, ob sich die Trump-Regierung weiterhin für die Sicherheit Europas einsetzen wird. Diese Entwicklungen wirken sich auch auf die transatlantischen Rüstungsbeziehungen aus, ein Kernelement der Verteidigungszusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Viele europäische Staaten beziehen weiterhin einen erheblichen Anteil ihrer konventionellen Verteidigungssysteme aus den USA. Gleichzeitig wächst die Sorge, dass die Trump-Regierung oder auch künftige US-Regierungen bestehende Abhängigkeiten im Bereich Sicherheit und Verteidigung als politisches Druckmittel einsetzen könnten, beispielsweise im Kontext von Handelsverhandlungen.

Auf nationaler und EU-Ebene zeichnet sich ein breiter Konsens ab, die europäische technologische und industrielle Verteidigungsbasis zu stärken und Abhängigkeiten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund analysiert das vorliegende Strategiepapier aktuelle Entwicklungen in den transatlantischen – insbesondere den deutsch-amerikanischen – Rüstungsbeziehungen und zeigt: Es gibt bislang keinen konsequenten „Buy European“-Ansatz in der Beschaffung, wie von einigen Mitgliedsstaaten und Teilen der EU-Kommission gefordert.²

Konkret untersucht das Paper, wie die Bundesregierung mit den komplexen Beziehungen zur zweiten Trump-Regierung umgeht, bei denen die Kooperation bei der Verteidigung nach wie vor eine Schlüsselrolle einnimmt. Zweitens bewertet es die Entwicklungen im Kontext der jüngsten Bemühungen der EU, die europäische technologische und industrielle Verteidigungsbasis auszubauen und zu stärken und einen „Buy European“-Ansatz zu fördern. Drittens analysiert es die zunehmende Bedeutung neuer Verteidigungstechnologien für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die strukturellen Herausforderungen der Branche in Deutschland.

Das Paper zeigt ein zentrales strategisches Dilemma der deutschen Politik bei der Rüstungsbeschaffung: Einerseits erfordert die verschärfte Bedrohungslage, dass die militärischen Fähigkeiten ausgebaut und Rüstungsgüter beschafft werden, die zur Abschreckung und Verteidigung Europas elementar sind. Andererseits verfolgt die Bundesregierung das strategische Ziel, die deutsche und europäische Verteidigungsindustrie nachhaltig zu stärken. Beide Ziele gleichzeitig zu verfolgen, ist mit

1 Das Paper erschien zuerst auf Englisch unter dem Titel „[Navigating a Strategic Dilemma](#)“ im Dezember 2025 und wurde für die vorliegende deutsche Version vom Autor aktualisiert und erweitert.

2 „Buy European“ bevorzugt Produkte und Dienstleistungen aus Europa bei der Auftragsvergabe, um strategisch bedeutsame Branchen der europäischen Wirtschaft zu unterstützen.

erheblichen Zielkonflikten verbunden. Denn bei bestimmten konventionellen Verteidigungssystemen wie Kampffjets der fünften Generation wird Deutschland auch künftig noch stark auf US-amerikanische Anbieter angewiesen bleiben.

Um das skizzierte Dilemma bei der Rüstungsbeschaffung abzumildern, schlägt dieses Paper einen Ansatz vor, der die Risiken einer übermäßigen europäischen Abhängigkeit von den USA berücksichtigt und schrittweise reduziert, ohne dabei die Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der NATO zu beeinträchtigen. Es geht darum, die Bündnisfähigkeit und europäische Handlungsfähigkeit gleichermaßen zu stärken. Dazu sollte erstens vor künftigen Vergabeentscheidungen systematisch bewertet werden, welche sicherheits- und außenpolitischen Risiken bei einer Beschaffung von Drittstaaten vorliegen, und die Fortschritte bei der Verringerung von Abhängigkeiten sollten regelmäßig überprüft werden. Zweitens sollte die Bundesregierung bei ihren Bemühungen, kritische militärische Fähigkeitslücken zu schließen, europäische Verteidigungsprojekte gezielt fördern und Rüstungsbeschaffungen mit europäischen Partnern eng koordinieren. Drittens sollten dabei insbesondere mit Blick auf verteidigungstechnologisch sensible Produkte primär Anbieter aus der EU und eng assoziierter Partner bevorzugt werden, um Skaleneffekte in Europa zu fördern und die technologische Souveränität zu stärken. Um gleichzeitig Innovation und Wettbewerb in der Branche zu fördern, sollten – in Deutschland unter anderem mithilfe des neuen Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetzes – die strukturellen Hürden für Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen abgebaut werden. Mit einer gestärkten technologischen und verteidigungsindustriellen Basis können die europäischen Regierungen zu einem ausgewogeneren Lastenverhältnis innerhalb der NATO beitragen, die Resilienz des Bündnisses erhöhen und die weiterhin unverzichtbare sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit den USA neu ausrichten.

2 Zugeständnisse der europäischen Regierungen gegenüber der Trump-Regierung

Die konfrontative Haltung der Trump-Regierung gegenüber den europäischen Verbündeten hat zu einem erheblichen Vertrauensverlust unter den europäischen Regierungen geführt. Präsident Trump nutzte die politische und militärische Macht der USA in Verhandlungen mit europäischen Partnern offensiv, um weitreichende Zugeständnisse zu erzielen. Zunächst übte Trump vor dem NATO-Gipfel im Juni 2025 Druck auf die europäischen Partner aus, der zur Verpflichtung der meisten NATO-Mitglieder (aber nicht der US-Regierung selbst) beitrug, ihre Verteidigungsausgaben in den nächsten zehn Jahren auf 5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen.³ Gleichzeitig drängte die Trump-Regierung durch ihre Zollpolitik die Europäische Kommission dazu, einem politischen Rahmenabkommen zuzustimmen.⁴ Das Abkommen ist Grundlage weiterer Verhandlungen, die unter anderem die Abschaffung von EU-Zöllen auf US-Industrieprodukte vorsehen, während die USA einen Zollsatz von 15 Prozent auf die Mehrzahl der von ihnen importierten EU-Produkte erheben. Stand Anfang April 2026 ist nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA zu Zöllen unklar, ob es zu einer Handelsvereinbarung mit der EU kommt. Sollten sich aber in den folgenden Verhandlungen keine grundlegenden Änderungen ergeben und sollte eine Vereinbarung auf Grundlage des Rahmenabkommens durch EU-Gesetzgebung verabschiedet werden, würden die USA aus Sicht vieler europäischer BeobachterInnen im Handelsverhältnis mit der EU begünstigt.⁵

Während die meisten europäischen Regierungen, darunter Berlin, versucht haben, die US-Regierung zu beschwichtigen, deuten die Ereignisse im Januar 2026 auf einen Kurswechsel im Umgang mit der US-Regierung hin. Auf Trumps Drohungen, Grönland zu annektieren und Zölle gegen einzelne EU-Staaten einzusetzen, reagierte die EU mit der Androhung von Gegenzöllen in Höhe von 93 Milliarden Euro auf bestimmte US-Produkte und signalisierte damit zum ersten Mal, dass Europa bereit ist, sich entlossen zu wehren. In diesem Zusammenhang erklärte Bundeskanzler Merz im Januar 2026, dass Europa seine Vorstellungen nur dann durchsetzen könne, wenn es auch selbst „die Sprache der Machtpolitik sprechen“ lerne. Gleichzeitig zeigt die Ankündigung der EuropäerInnen, sicherheitspolitisch verstärkte Präsenz in der Arktisregion (u. a. im Rahmen des NATO-Einsatzes „Arctic Sentry“) zu zeigen,

-
- 3 Die Regierungen haben sich verpflichtet, 3,5 Prozent des BIP für Verteidigung und 1,5 Prozent des BIP für verteidigungs- und sicherheitsrelevante Bereiche auszugeben.
 - 4 Das „Rahmenabkommen“ ist eine politische Vereinbarung und noch kein rechtsverbindlicher Vertrag.
 - 5 Die Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament beispielsweise hält das Rahmenabkommen für „unausgewogen“; siehe dazu das [Positionspapier der EVP-Fraktion zu den Beziehungen zwischen der EU und den USA](#), abgerufen am 23. November 2025. Aus Sicht des Europäischen Gewerkschaftsbunds mangelt es dem Abkommen an „Ausgewogenheit, Fairness und Gegenseitigkeit“; siehe [Stellungnahme zum Rahmenabkommen zwischen der EU und den USA](#), abgerufen am 23. November 2025.

dass Europa zu weiteren Kompromissen gegenüber der US-Regierung bereit ist. Im März 2026 lehnte die Bundesregierung Donald Trumps Forderung nach einem NATO-Einsatz in der Straße von Hormus ab, zeigte sich aber später bereit, sich nach den Kampfhandlungen an einer Mission zu beteiligen.

Auch angesichts dieser Ereignisse sind weitere Spannungen mit der Trump-Regierung nicht auszuschließen, und viele europäische Regierungen befürchten, dass Washington seinen konfrontativen Kurs fortsetzen wird. Denkbare Szenarien sind unter anderem eine weitere Eskalation der Handelsbeziehungen; verzögerte oder vollständig ausgesetzte US-Militärhilfen für die Ukraine (auch wenn Militärausrüstung bereits von NATO-Mitgliedern finanziert wird); zunehmender Druck der USA auf die ukrainische Regierung, ein unvorteilhaftes Waffenstillstandsabkommen mit dem Kreml zu akzeptieren; die noch stärkere Unterstützung rechter Parteien und KandidatInnen im Rahmen europäischer Wahlkämpfe; sowie Maßnahmen, die die territoriale Souveränität von NATO- und EU-Mitgliedern infrage stellen.

2.1 Trumps Druckpotenzial gegenüber Deutschland

Deutschland ist besonders anfällig für politischen und wirtschaftlichen Druck der Trump-Regierung. Das liegt an seiner exportorientierten Wirtschaft, seiner Abhängigkeit von den USA im Bereich Sicherheit und Verteidigung, aber auch an wachsenden geopolitischen Bedrohungen (insbesondere aus Russland) und der marktbeherrschenden Stellung von US-amerikanischen Technologieunternehmen auf dem deutschen Markt. Vor dem Hintergrund dieser Lage hat die Regierung Merz im Laufe des Jahres 2025 versucht, die offensichtlichen Spannungen durch diplomatische Bemühungen zu entschärfen. Dazu gehörten hochrangige Treffen zwischen Bundeskanzler Friedrich Merz und US-Präsident Donald Trump im Weißen Haus im Juni 2025 und März 2026, auf dem G7-Gipfel in Kanada und während des NATO-Gipfels in Den Haag. Die Bundesregierung hat versucht, dem US-Präsidenten bei strittigen Fragen entgegenzukommen, die er als „unfair“ in den transatlantischen Beziehungen kritisiert hatte. So hat sie frühzeitig ihre Absicht signalisiert, dem von Trump vorgeschlagenen 5-Prozent-Ziel im Rahmen der NATO-Verteidigungsausgaben zuzustimmen. Berlin wertete das Ergebnis des NATO-Gipfels als Erfolg⁶ – nicht zuletzt, weil eine offene Konfrontation mit Donald Trump ausgeblieben war und der Gipfel zu einer, wenn auch vagen, Bekräftigung des Bekenntnisses der USA zur kollektiven Verteidigung der NATO geführt hatte.⁷ Bei den Bemühungen, eine kontinuierliche Lieferung von

6 Siehe auch die Ausführungen von Bundeskanzler Merz auf dem NATO-Gipfel, [Statement des Kanzlers beim NATO-Gipfel – Bundesregierung](#), abgerufen am 23. November 2025.

7 Die Nationale Verteidigungsstrategie der USA vom Januar 2026 sieht eine Neuausrichtung der NATO vor, in der die europäischen Verbündeten künftig die primäre Verantwortung für die konventionelle Verteidigung übernehmen, während die USA eine unterstützende Rolle einnehmen und weiterhin strategische, aber begrenzte militärische Fähigkeiten bereitstellen.

US-amerikanischen Waffen und Munition in die Ukraine sicherzustellen, hat Berlin einem neuen Finanzierungsmechanismus zugestimmt, der einen Großteil der finanziellen Last auf Europa und Kanada verlagert (unter dem Vorbehalt, dass die USA weiterhin ihre Verteidigungsgüter zur Verfügung stellen).⁸ Im Rahmen der PURL-Initiative (*Prioritized Ukraine Requirements List*), die nach dem NATO-Gipfel ins Leben gerufen wurde, haben sich mehrere europäische Staaten dazu verpflichtet, US-amerikanische Verteidigungsgüter als Teil der Militärhilfe für die Ukraine zu finanzieren. So kündigte Deutschland beispielsweise im August 2025 an, die Kosten für ein 500 Millionen Euro schweres PURL-Unterstützungspaket zu übernehmen.⁹ Die Bundesregierung begrüßte auch das von der Europäischen Kommission und der Trump-Regierung vereinbarte „Rahmenabkommen“ zu einer Handelsvereinbarung, auch wenn die deutsche Wirtschaft davon besonders betroffen ist.

Indem Berlin dem Druck der Trump-Regierung häufig nachgegeben hat, trägt es einerseits der Realität Rechnung, dass Deutschland angesichts der Bedrohung durch Russland insbesondere in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in vielerlei Hinsicht von den USA abhängig ist. Aus dieser Perspektive ist der Ansatz der Bundesregierung als pragmatisch zu bezeichnen. Andererseits blendet er die Unberechenbarkeit des US-Präsidenten sowie seine umstrittene Innenpolitik aus, die autoritäre Tendenzen aufzeigt. Obgleich Friedrich Merz noch während des Wahlkampfs im Februar 2025 gewarnt hatte, dass sich Europa nicht länger auf die bedingungslose Verteidigung durch die USA verlassen könne,¹⁰ hat die Bundesregierung bisher wenige konkrete Maßnahmen getroffen, die Abhängigkeit Deutschlands von den USA zu verringern. Im Juni 2025 räumte Bundeskanzler Merz ein, dass Deutschland „noch lange Zeit von den USA abhängig bleibt“.¹¹ Wie in diesem Paper gezeigt wird, werden diese Abhängigkeiten in Bezug auf bestimmte Rüstungsgüter weiter bestehen bleiben, sollten aber reduziert werden.

8 Die Trump-Regierung betrachtet ein ausgehandeltes Friedensabkommen als Priorität. Sie hat die noch während der Biden-Regierung genehmigte Hilfe fortgesetzt (trotz vorübergehender Unterbrechung), aber keine Zustimmung des Kongresses für neue Militärhilfen an die Ukraine eingeholt; siehe auch [U.K. House of Commons Library, Military assistance to Ukraine: What has changed in 2025?](#), abgerufen am 23. November 2025.

9 [NATO news: Deutschland finanziert 500-Millionen-Dollar-PURL-Paket für die Ukraine, 13. August 2025](#), abgerufen am 23. November 2025.

10 Siehe auch [Germany's Friedrich Merz says Europe can no longer rely on US protection](#), abgerufen am 23. November 2025.

11 Siehe [Germany's Merz signals long-term US reliance after Donald Trump meeting](#), abgerufen am 23. November 2025.

3 Entwicklungen in den transatlantischen Rüstungsbeziehungen seit 2022

Die transatlantische Verteidigungszusammenarbeit und Rüstungsbeziehungen sind seit Jahrzehnten ein zentraler Pfeiler der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft und der NATO.¹² Diese Partnerschaft war jedoch nie vollständig ausgewogen: Obgleich einige europäische Unternehmen wie BAE Systems, Leonardo und Thales erfolgreich auf dem US-amerikanischen Verteidigungsmarkt aktiv sind – teils mit eigener Produktion vor Ort –, bleibt der Marktzugang für ausländische Unternehmen durch das Rüstungsbeschaffungs- und Regulierungssystem der USA eingeschränkt. Für europäische Beschaffungen sind US-amerikanische Unternehmen hingegen bedeutende Akteure. Ein wichtiger Grund ist, dass US-Unternehmen verschiedene militärische Güter produzieren, die europäische Firmen nicht anbieten. Zudem haben zahlreiche europäische Regierungen enge Rüstungsbeziehungen mit den USA traditionell als Weg gesehen, die USA dauerhaft in die europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden.¹³ Ob sich dieser Ansatz angesichts des angespannten Verhältnisses mit der Trump-Regierung grundlegend verändern wird, bleibt abzuwarten.

Die transatlantische Zusammenarbeit im Verteidigungssektor hat sich nach Russlands vollumfänglichem Einmarsch in die Ukraine noch intensiviert. Aufgrund des andauernden Krieges und der Gefahr eines möglichen russischen Angriffs auf ein NATO-Mitglied räumen viele europäische Regierungen seit 2022 der schnellen Beschaffung von Rüstungsgütern und verbesserter Verteidigungsfähigkeit hohe Priorität ein. Allerdings waren die meisten europäischen Rüstungsunternehmen aufgrund begrenzter Produktionskapazitäten und eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften nicht in der Lage, die erforderlichen Militärgüter in ausreichender Stückzahl für ihre nationalen Streitkräfte sowie für die Unterstützung der Ukraine herzustellen. Folglich haben viele europäische Staaten seit 2022 neue Rüstungsgüter aus den USA und anderen Nicht-EU-Staaten bezogen. Aufgrund der engen Beziehungen zur Biden-Regierung wurde dieses Vorgehen nicht als strategisches Risiko eingeschätzt. Dazu wurde diese Entwicklung von vielen Regierungen als „Übergangslösung“ betrachtet, um Zeit für den Ausbau der technologischen und industriellen Verteidigungsbasis in Europa zu gewinnen.

12 Beispielsweise forderte NATO-Generalsekretär Mark Rutte auf dem NATO Summit Defence Industry Forum den Abbau von Hindernissen für die transatlantische Verteidigungszusammenarbeit; siehe [NATO – News: NATO Summit Defence Industry Forum 2025 – Time to „unite, innovate & deliver“, 24 June 2025](#), abgerufen am 23. November 2025.

13 So hat die polnische Regierung im Haushaltsjahr 2024 Militärgüter im Wert von 16,7 Milliarden US-Dollar bei US-Herstellern bestellt, während das Auftragsvolumen für europäische Produzenten deutlich geringer ausfiel; siehe US-Verteidigungsministerium, [Historical Sales Book Fiscal Years 1950–2024](#), S. 13, abgerufen am 23. November 2025.

Zwar ist die Abhängigkeit von US-amerikanischen Anbietern von Verteidigungsgütern seit 2022 gestiegen, doch ist das Ausmaß dieser Entwicklung umstritten. So gibt der Draghi-Bericht vom September 2024 an, dass zwischen Juni 2022 und Juni 2023 63 Prozent der Militärausgaben der EU-Mitgliedsstaaten in die USA flossen (und weitere 15 Prozent an Unternehmen außerhalb der EU).¹⁴ Eine Studie des International Institute for Strategic Studies (IISS) dagegen zeigt, dass dieser Trend weniger dramatisch ist als im Draghi-Bericht dargestellt. Berechnungen des IISS zufolge haben EU-Mitglieder zwischen Februar 2022 und September 2024 52 Prozent ihrer Verteidigungsgüter von europäischen Herstellern und lediglich 34 Prozent von US-Anbietern bezogen.¹⁵

Im Juli 2025 erklärte Andrius Kubilius, EU-Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt, dass rund 40 Prozent des Verteidigungshaushalts der EU-Staaten für in den USA produzierte Rüstungsgüter ausgegeben würden.¹⁶ Insgesamt spiegeln diese Zahlen zwar wider, dass die EU-Staaten unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffskrieges eine große Anzahl Rüstungsprodukte aus den USA bezogen haben. Gleichzeitig haben zahlreiche europäische Unternehmen 2022 damit begonnen, ihre Produktionskapazitäten schrittweise hochzufahren. In diesem Zusammenhang muss bedacht werden, dass die meisten Rüstungsunternehmen ihre Produktion erst dann steigern, wenn Aufträge vorliegen. Staatliche Beschaffung spielt daher eine Schlüsselrolle bei der Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie.

Mit den Verpflichtungen im Rahmen des NATO-Gipfels vom Juni 2025 ist zu erwarten, dass die meisten europäischen Verteidigungsbudgets und -investitionen in den kommenden Jahren deutlich steigen werden. Davon werden neben europäischen Rüstungsunternehmen auch ausländische und insbesondere US-amerikanische Unternehmen profitieren – sowohl in Bezug auf direkt bestellte Güter als auch mit Blick auf die industrielle Zusammenarbeit mit europäischen Unternehmen. Vorstände von US-amerikanischen Rüstungsunternehmen gingen nach dem NATO-Gipfel davon aus, dass ihr Anteil am europäischen Rüstungsmarkt durch Koproduktionsvereinbarungen, Fusionen und die Gründung von Tochtergesellschaften mit Sitz in Europa zunehmen wird.¹⁷ Das Thema Rüstungsbeziehungen spielte auch im Rahmenabkommen vom Juli 2025 zwischen der EU und der US-Regierung eine zentrale Rolle. Dem Dokument zufolge plant die EU, erheblich mehr Militär- und Verteidigungsgüter aus den USA zu beschaffen.¹⁸ In der Folge stiegen nach Bekanntgabe des Rahmenabkommens die Aktienwerte einiger US-Rüstungsunternehmen.¹⁹

14 Europäische Union, [The future of European competitiveness: Part A, A competitiveness strategy for Europe](#), September 2024, S. 60, abgerufen am 23. November 2025.

15 International Institute for Strategic Studies, [Building Defence Capacity in Europe: An Assessment](#), 2024, S. 18, abgerufen am 23. November 2025.

16 Siehe auch [Interview: Europe's armies at „50 % of what we need“, says defence commissioner – Euractiv](#), abgerufen am 23. November 2025.

17 Siehe auch [Europe is pouring money into defense. Can US firms reap the reward amid trans-Atlantic tension? – Breaking Defense](#), abgerufen am 23. November 2025.

18 Siehe [Joint Statement on a United States-European Union framework on an agreement on reciprocal, fair and balanced trade – European Commission](#), abgerufen am 23. November 2025.

19 Siehe auch [North American Morning Briefing: Stock Futures Rise After EU Trade Deal – Morningstar](#), abgerufen am 23. November 2025.

3.1 Keine einheitliche Position zu europäischer strategischer Autonomie

Inwieweit vor allem europäische Unternehmen von wachsenden europäischen Rüstungsausgaben profitieren sollten, ist Gegenstand anhaltender politischer Debatten in der EU. KritikerInnen, die mehr Unabhängigkeit von den USA und in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik fordern, argumentieren, dass durch mehr europäische Autonomie die europäische Wirtschaft gestärkt, neue Arbeitsplätze geschaffen und Europas Verwundbarkeiten in den transatlantischen Verteidigungsbeziehungen verringert werden können.

Die Forderungen zur Verringerung der Abhängigkeit von den USA bei der Rüstungsbeschaffung sind keine neue Entwicklung,²⁰ allerdings haben entsprechende Äußerungen während Trumps Amtszeiten merklich zugenommen. Bereits in seiner „Sorbonne-Rede“ im September 2017 hatte der französische Präsident Emmanuel Macron größere europäische strategische Autonomie in den Bereichen Verteidigung und Rüstungsproduktion gefordert und hat diese Position seither mehrfach bekräftigt. Auch Mitglieder der Europäischen Kommission teilen diese Einschätzung. So rief etwa EU-Kommissar Andrius Kubilius die EU-Mitgliedsstaaten eindringlich dazu auf, ihre Abhängigkeit von US-amerikanischen Rüstungsgütern zu verringern und verstärkt in europäische Produkte zu investieren, um die europäische Rüstungsindustrie zu stärken.²¹

In diesen Debatten spielen auch die Risiken einer zu großen Abhängigkeit von den USA in der Rüstungsbeschaffung eine zentrale Rolle. In den USA unterliegen Rüstungsexporte umfassenden Kontrollmechanismen, die im Rahmen der „Export Administration Regulations“ und „International Traffic in Arms Regulations“ (ITAR) festgelegt sind. So müssen US-Unternehmen für den Export von Rüstungsprodukten und -dienstleistungen von Regierungsbehörden umfassende Lizenzen einholen. Im Rahmen der Kontrollmechanismen kann die US-Regierung auch die Weitergabe von Systemen mit US-Produktionsanteilen oder deren operativen Einsatz beschränken.²² Mit Verweis auf die nationale Sicherheit kann die Regierung auch die Lieferung von Rüstungsprodukten verzögern oder ganz verhindern.²³

20 So veranlasste beispielsweise die Diskussion über europäische Autonomie Ende der 1990er-Jahre die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright dazu, die „Drei-D-Politik“ vorzuschlagen, um die „Kohäsion“ der NATO zu wahren, d. h. keine Entkopplung der europäischen Verteidigungsstrukturen und Entscheidungsprozesse von der NATO; keine Doppelung der NATO-Fähigkeiten; keine Diskriminierung von Nicht-EU-Mitgliedern innerhalb der NATO (auch nicht auf den Rüstungsmärkten).

21 Siehe auch [Interview: Europe's armies at „50% of what we need“, says defence commissioner – Euractiv](#), abgerufen am 23. November 2025.

22 Die US-Regierung hat zum Beispiel den Einsatz der Army Tactical Missile Systems (ATACMS), die an die Ukraine abgegeben wurden, beschränkt.

23 Siehe auch: Jonathan Caverley, Ethan Kapstein, Léo Péria-Peigné und Élie Tenenbaum, [A Transatlantic Defense Industrial Base? Two Contrasting Views](#), Focus stratégique, Nr. 124, IFRI, März 2025, S. 30, abgerufen am 23. November 2025.

Außerdem kann die US-Regierung die Lieferung von Rüstungsgütern an Verbündete priorisieren. Laut einer Exekutivverordnung, die Donald Trump im Februar 2026 erlassen hat, sollen bei Waffentransfers künftig Länder, die in ihre eigene Verteidigung investieren und „eine wichtige Rolle in den Plänen und Operationen der USA spielen“, bevorzugt werden. Die USA sollen anhand einer „America First Arms Transfer Strategy“ ihre Vormachtstellung bei internationalen Rüstungsexporten sowohl als außenpolitisches Instrument als auch als Instrument zur Ausweitung der inländischen Produktion nutzen.²⁴ Wie auch bei anderen Anbietern kann sich außerdem die Auslieferung bestellter US-Rüstungsgüter aufgrund begrenzter Produktionskapazitäten verzögern, zumal weltweit die Nachfrage nach US-Produkten steigt. So kann davon ausgegangen werden, dass infolge der Militäreinsätze der Trump-Regierung, wie zuletzt gegen den Iran, US-Partner verstärkt weitere Militärgüter wie Flugabwehrsysteme aus den USA bestellen werden, was sich auch auf die Lieferungen an NATO-Verbündete in Europa und die Ukraine auswirken könnte.

Ein Beispiel, das im Zusammenhang mit der Verwundbarkeit Europas bei der Beschaffung aus den USA vielfach diskutiert wurde, ist der F-35-Kampffjet aus US-Produktion, den mehrere europäische NATO-Staaten nutzen bzw. bestellt haben. Zeitweilige Befürchtungen, es könne auf Betreiben der US-Regierung ein „Notausschalter“ eingesetzt werden, um den Betrieb der Kampffjets zu blockieren, wiesen das US-Verteidigungsministerium und der deutsche Verteidigungsminister zurück.²⁵ Zwar gibt es keinen „Notausschalter“; jedoch benötigen viele Waffensysteme, darunter der F-35, regelmäßige Softwareupdates und Wartungsleistungen. Eine verzögerte oder eingeschränkte Bereitstellung dieser Services könnte die Wirksamkeit der Systeme empfindlich beeinträchtigen.²⁶

Ob die Abhängigkeit von US-amerikanischen Anbietern so rasch wie möglich reduziert werden muss – dazu gibt es in den EU-Mitgliedstaaten traditionell sehr unterschiedliche Positionen. Die französische Regierung befürwortet seit jeher die „strategische Autonomie“ Europas. Angesichts der zunehmenden Spannungen mit der Trump-Regierung könnte die Zahl der europäischen Regierungen, die diese Ansicht teilen, zunehmen. So kündigte beispielsweise die dänische Regierung im September 2025 an, statt des ursprünglich ins Auge gefassten US-amerikanischen Patriot-Systems das französisch-italienische Flugabwehrsystems SAMP/T NG beschaffen zu wollen.²⁷

Andere europäische Regierungen betrachten dagegen die transatlantischen Rüstungsbeziehungen weiterhin als einen Weg, um die engen Sicherheits- und Handelsbeziehungen mit der US-Regierung aufrechtzuerhalten. Viele Regierungen halten es zudem

24 Siehe [Establishing an America First Arms Transfer Strategy](#)

25 Siehe auch [No, there's no „kill switch“: Pentagon tries to reassure international F-35 partners – Breaking Defense](#), abgerufen am 23. November 2025. In einer Stellungnahme zu diesem Thema erklärte der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius, es gebe keine Möglichkeit, den F-35 einfach per Fernsteuerung abzuschalten.

26 Siehe auch [The F-35 „Kill Switch“: Separating Myth from Reality](#), abgerufen am 23. November 2025.

27 Der dänische Verteidigungsminister begründete die Entscheidung mit der „langen Wartezeit für Patriots“. Medien berichteten jedoch auch, die US-Behörden hätten den Deal mit Dänemark blockiert; siehe [The U.S. Is Quietly Pausing Some Arms Sales to Europe – The Atlantic](#), abgerufen am 23. November 2025.

für unrealistisch, dass die europäischen Staaten ihre verteidigungsindustrielle Basis so schnell und umfassend ausbauen können, dass der künftige Bedarf an Militärgütern in Europa umfassend gedeckt werden kann. Bisher produzieren Hersteller in der EU beispielsweise keine Kampfflugzeuge der fünften Generation (mit Tarnkappentechnik sowie vernetzter Sensor-Technologie), strategische Militärtransportflugzeuge und Marschflugkörper mit sehr hoher Reichweite. Aufgrund fehlender oder begrenzter europäischer Alternativen werden US-amerikanische Anbieter daher voraussichtlich auch künftig eine wichtige Rolle bei der Beschaffung von Waffensystemen in Europa spielen.

Zumindest teilweise entschärft werden kann dieses Dilemma durch die Förderung von Koproduktionsvereinbarungen zwischen US-amerikanischen und europäischen Herstellern. Sie schaffen den Rahmen dafür, dass bestimmte Systemkomponenten in Deutschland gefertigt werden. Auch andere europäische Regierungen haben ähnliche Joint Ventures zwischen nationalen und US-Unternehmen vorgeschlagen.²⁸

3.2 Deutsch-amerikanische Koproduktionsvereinbarungen im Rüstungssektor

Mit dem Sondervermögen, das der Deutsche Bundestag im Juni 2022 beschloss, um zusätzliche Verteidigungsausgaben zu ermöglichen, wurden auch mehrere Verteidigungssysteme bei US-Herstellern beschafft.²⁹ So bestellte die Scholz-Regierung im Dezember 2022 35 F-35A Lightning II Kampfflugzeuge beim US-amerikanischen Rüstungs- und Technologiekonzern Lockheed Martin, um die veraltete Tornado-Flotte zu ersetzen, die für Deutschlands Beteiligung an der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO genutzt wird. Im Juli 2023 bestellte die Bundesregierung zudem 60 Chinook-Transporthubschrauber beim US-Hersteller Boeing. Im März 2024 bewilligte der Deutsche Bundestag den Kauf von vier neuen Patriot-Flugabwehrsystemen, um Ersatz für an die Ukraine abgegebene Waffensysteme zu schaffen.³⁰ Obgleich die Regierung Scholz häufig für ihre zögerlichen Entscheidungen bei der Rüstungsbeschaffung kritisiert wurde, ergriff sie diverse Maßnahmen zur Stärkung der Rüstungsindustrien. Um die Produktion von Artilleriemunition anzukurbeln, vereinbarte die Regierung einen Rahmenvertrag mit Rheinmetall über 8,5 Milliarden Euro, der unter anderem den Ausbau einer Munitionsproduktionsstätte in Niedersachsen vorsieht, die künftig in Europa die größte Anlage dieser Art werden soll. Daneben vergab die Regierung für eine Reihe von Rüstungsgütern, darunter neue U-Boote, Fregatten und Kampfpanzer,

28 Siehe auch [Polish officials offer US more defense buys, joint ammo production](#), abgerufen am 23. November 2025.

29 Beispielsweise bestellte Deutschland laut Daten des U.S. Foreign Military Sales Program im Geschäftsjahr 2023 Militärgüter im Wert von 13,9 Milliarden US-Dollar bei US-Herstellern; siehe US-Verteidigungsministerium: [Historical Sales Book Fiscal Years 1950–2024](#), S. 7, abgerufen am 23. November 2025.

30 Im September 2025 genehmigte der Deutsche Bundestag den Kauf weiterer Patriot-Lenkflugkörper. Siehe [Hohes Tempo bei der Beschaffung: Patriot-Lenkflugkörper und Heron-TP-Drohnen](#), abgerufen am 23. November 2025.

Aufträge an deutsche Unternehmen (z. B. TKMS) und multinationale europäische Anbieter (z. B. KNDS). Wie oben dargestellt, griff die Bundesregierung zur Sicherstellung schneller Zukäufe und aufgrund fehlender europäischer Alternativen in der Beschaffung – zum Beispiel im Fall der F-35 – in mehreren Fällen auch auf US-amerikanische Systeme zurück. Gleichzeitig wird künftig infolge von Koproduktionsvereinbarungen ein Teil der Rüstungsgüter in Deutschland produziert.³¹ Ein Grund dafür ist unter anderem, dass eine Anfertigung in den USA aufgrund der hohen Auslastung in den US-Unternehmen voraussichtlich sehr lange gedauert hätte und die amerikanischen Partner offen für diese Vereinbarung waren. So gibt es eine Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Rüstungsunternehmen Rheinmetall und dem US-amerikanischen Hersteller Lockheed Martin (Hauptauftragnehmer) zur Produktion von Rumpfkomponten für die Tarnkappen-Kampffjets F-35 im nieder-rheinischen Weeze.³² Daneben betreiben der europäische Konzern MBDA und das US-Unternehmen RTX (früher Raytheon) ein Joint Venture (Comlog) zur Produktion von Lenkraketen (GEM-T Interceptor) für das US-lizenzierte Patriot-Flugabwehrsystem im oberbayerischen Schrobenhausen.³³ Außerdem entwickeln Rheinmetall und Lockheed Martin in einem gemeinsamen Projekt das *Global Mobile Artillery Rocket System* (GMARS).³⁴ Für die deutschen Standorte sind solche Koproduktionsvereinbarungen vorteilhaft, da durch die Einbindung in Produktion, Wartung und Reparatur ein Teil der Wertschöpfung dort erfolgt.³⁵

Einige Beschaffungsentscheidungen haben allerdings die französische Regierung verärgert, immerhin ein enger Verbündeter der Bundesregierung. So bietet das französisch-italienische Konsortium Eurosam mit dem SAMP/T-System ein Flugabwehrsystem an, das funktional mit dem in den USA hergestellten Patriot-System vergleichbar ist. Die Bundesregierung hält jedoch am Patriot-System fest, das seit Jahrzehnten von der Bundeswehr eingesetzt wird. Eine Umstellung auf ein neues System wäre hinsichtlich der Einsatzdoktrin, Systemausbildung und anderer Faktoren sehr komplex und aufgrund der aktuellen Bedrohungslage mit Risiken verbunden.

Das Patriot-System wird auch Bestandteil der *European Sky Shield Initiative* (ESSI). Die ESSI, die den Aufbau eines gemeinsamen Luftverteidigungssystems vorsieht, wurde im August 2022 von der Regierung Scholz auf den Weg gebracht und zunächst mit 14 weiteren Regierungen formalisiert (in der Zwischenzeit ist die Teilnehmerzahl

31 Bei diesen Entwicklungen muss zwischen den Prioritäten verschiedener Ministerien unterschieden werden. So betrachtet es beispielsweise das Bundesministerium der Verteidigung als vorrangig, dass die Streitkräfte die beste militärische Ausrüstung rasch erhalten, während etwa das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie einen größeren Fokus auf die Stärkung der heimischen Industrie, Schaffung von Arbeitsplätzen und Förderung von Innovationen legt.

32 Diese Komponenten werden in die USA geliefert und dort in die Jets eingebaut.

33 Der Auftrag zur Herstellung von 1.000 Patriot-Raketen für die Streitkräfte Deutschlands, der Niederlande, Rumäniens und Spaniens wurde von der NATO Supply and Procurement Agency im Rahmen der European Sky Shield Initiative (siehe unten) erteilt; siehe [Ordered 800 Patriot missiles for missile defense for Germany and three other NATO countries](#), abgerufen am 23. November 2025.

34 Im Rahmen dieser Partnerschaft wird Rheinmetall die Lastwagen und Lockheed Martin die Abschuss- und Ladevorrichtungen liefern.

35 Siehe auch Bundesministerium der Verteidigung und Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, [Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie](#), S. 8, abgerufen am 23. November 2025.

auf 24 Länder angewachsen). Die Initiative sieht gemeinsame Beschaffungen der Flugabwehrsysteme Iris-T (vom deutschen Hersteller Diehl Defence), Patriot und Arrow 3 (eines israelischen Herstellers) vor. Der französische Präsident Macron, der für die Nutzung des SAMP/T-Systems geworben hatte, kritisiert, dass ESSI dem Ziel europäischer Souveränität zuwiderlaufe.³⁶ Frankreich hat sich der Initiative daher nicht angeschlossen.

Auch die Entwicklung des Luftkampfsystems *Future Combat Air System* (FCAS), das als Gemeinschaftsprojekt von Rüstungsunternehmen aus Deutschland, Frankreich und Spanien geplant war, aber aufgrund anhaltender Unstimmigkeiten zwischen Paris und Berlin offenbar gescheitert ist, verdeutlicht das schwierige Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich einer engen Zusammenarbeit bei der Rüstungsbeschaffung.

3.3 Verteidigungs- und Beschaffungspolitik unter der Merz-Regierung

Die Bundesregierung unter Olaf Scholz hatte sich auf den Kauf neuer Rüstungsgüter aus den USA zu einem Zeitpunkt verständigt, als die politischen Beziehungen zur amerikanischen Regierung unter Präsident Joe Biden sehr eng waren und Rüstungskäufe aus den USA als unbedenklich galten. Aufgrund der konfrontativen Haltung der Trump-Regierung gegenüber den europäischen Verbündeten und des schwindenden Vertrauens in die Zuverlässigkeit der USA hat allerdings die Dringlichkeit zugenommen, die Abhängigkeiten von den USA im Rüstungsbereich zu verringern. Auch wenn diese Entwicklung nur schrittweise vorangehen kann, verfügt die Regierung Merz über die Mittel, bedeutende Veränderungen in der deutschen Beschaffungspolitik einzuleiten. Die Verfassungsänderung zur Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben, auf die sich CDU/CSU, SPD und Grüne vor Amtsantritt der Merz-Regierung im März 2025 einigten, verschafft der Bundesregierung deutlich mehr finanzpolitischen Spielraum und macht ihr Bekenntnis zum 5-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben glaubwürdiger.

Im Jahr 2026 werden die Verteidigungsausgaben aus dem regulären Haushalt sowie Mitteln aus dem Sondervermögen von über 86 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf über 108 Milliarden Euro steigen. Davon sind rund 48 Milliarden Euro für die Beschaffung von Verteidigungsgütern vorgesehen. Die Verteidigungsausgaben sollen bis zum Jahr 2029 weiter auf 152 Milliarden Euro ansteigen, also auf das Dreifache der Ausgaben im Jahr 2023.³⁷ Ein Anteil davon wird in weltraumbezogene Verteidigungsprojekte fließen. Im September 2025 kündigte Verteidigungsminister Boris Pistorius an, dass Investitionen in Höhe von 35 Milliarden Euro bis 2030 in diesen Bereich fließen,

36 Siehe auch [France summons allies in challenge to German-led air defence plan](#), abgerufen am 23. November 2025.

37 Siehe [Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis](#), abgerufen am 26. November 2025.

in dem Deutschland zu einem Vorreiter in Europa und die hohe Abhängigkeit von US-Anbietern reduziert werden soll. Um die Planung und Auftragsvergabe zu beschleunigen, hat der Bundestag im Januar 2026 das Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz der Bundeswehr (BwPBBG) als Neufassung eines Gesetzes von 2022 beschlossen.³⁸ Das Gesetz gilt künftig für alle Aufträge zur Deckung des Bundeswehrbedarfs und nicht nur für die Beschaffung von Rüstungsgütern.³⁹

Die gestiegenen deutschen Verteidigungsausgaben dürften zu einem erheblichen Wachstum der deutschen Rüstungsindustrie führen. Davon werden unter anderem große Unternehmen wie Rheinmetall, TKMS, Hensoldt und multinationale Unternehmen mit Produktion in Deutschland (wie Airbus Defence and Space, KNDS oder MBDA) profitieren. Die Bundesregierung beteiligt sich daneben an europäischen Gemeinschaftsprojekten wie dem *Common Armoured Vehicle System* (CAVS) zur Entwicklung einer standardisierten Radpanzerplattform. Weitere Beispiele sind die Entwicklung der luftgestützten Abstandswaffe *TAURUS NEO* und der Aufklärungs- und Überwachungsdrohne *European MALE RPAS*. Medienberichten zufolge sollen zwischen September 2025 und Dezember 2026 lediglich 8 Prozent (oder 6,8 Milliarden Euro) der Beschaffungsaufträge für Rüstungsgüter US-amerikanischer Unternehmen vorgesehen sein, während der weitaus größte Anteil auf Produkte deutscher Unternehmen und multinationaler europäischer Konzerne entfallen wird.⁴⁰

Zwar lässt sich daraus eine gewisse Tendenz ablesen. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass Rüstungsgüter häufig Komponenten unterschiedlicher Anbieter enthalten, sodass eine eindeutige „nationale Zuordnung“ oft schwierig ist. Außerdem lässt sich aus dem Beschaffungsplan für 2026 noch nicht automatisch eine strategische Verlagerung hin zu einem „Buy European“-Ansatz ableiten; für einen solchen Schluss braucht es eine mehrjährige Bewertung und keine Beurteilung auf der Grundlage eines einzelnen Jahres.

38 Einige Bestimmungen im Gesetz könnten einen „Buy European“-Ansatz befördern, z. B. Absatz 11, siehe [Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr](#), abgerufen am 23. November 2025.

39 Siehe [Bundeswehr-Beschaffung: Neues Gesetz stärkt Verteidigungsfähigkeit](#), abgerufen am 6. Februar 2026.

40 Zu den Vorhaben gehören neue Waffensysteme bzw. deren Modernisierung, unter anderen Fregatten („F127“), Kampfflugzeuge („Eurofighter Tranche 5“), Schützenpanzer, Spähfahrzeuge, gepanzerte Fahrzeuge („CAVS“), Artilleriegeschütze, Luftverteidigungssysteme und Munition („IRIS-T“, „Patriot“, „Skyranger“), Aufklärungssatellitensysteme („SPOCK“) und unbemannte Flugsysteme („Eurodrone“).

4 EU-Programme zur Förderung eines „Buy European“-Ansatzes bei der Rüstungsbeschaffung

Der fragmentierte europäische Rüstungsmarkt ist ein wesentlicher Grund dafür, dass US-amerikanische Unternehmen bei der Rüstungsbeschaffung vieler EU-Mitgliedsstaaten eine dominante Rolle spielen. Mehrere Mitgliedsstaaten verfügen über leistungsfähige Verteidigungsindustrien und priorisieren bei Vergabeentscheidungen häufig heimische Anbieter. Deshalb gibt es eine Reihe europäischer Hersteller, die ähnliche Modelle von Kampfpanzern, Kampfflugzeugen und anderem militärischen Gerät produzieren und sowohl untereinander als auch mit US-Herstellern um europäische Regierungsaufträge konkurrieren. Obgleich seit langer Zeit auf politischer Ebene diskutiert wird, dass eine verstärkte Zusammenarbeit in der Verteidigungsindustrie, gemeinsame Entwicklung und Forschung, Schaffung von Skaleneffekten in der Produktion und Harmonisierung bei der Auftragsvergabe in Europa nötig sind, gibt es aufgrund nationaler industriepolitischer Interessen bislang nur begrenzte Fortschritte.

Jedoch haben der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die zunehmende Bedrohung durch Russland neue Dynamiken ausgelöst. Auf EU-Ebene wurden verstärkt Initiativen zur Stärkung der europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis (*EU's Defence Technological and Industrial Base*, EDTIB) angestoßen. Die Maßnahmen zielen darauf, Kooperationsanreize zwischen den Mitgliedsstaaten zu erhöhen, Produktionskapazitäten auszubauen, die gemeinsame Beschaffung zu fördern und weniger abhängig von Drittstaaten zu werden. Die Stärkung der militärischen Fähigkeiten der EU-Staaten soll gleichzeitig die Fähigkeitsentwicklungs- und Planungsziele der NATO unterstützen und nicht in Konkurrenz dazu stehen. Die Europäische Kommission hat hierzu seit 2022 industriepolitische Strategien und Instrumente vorgeschlagen und vorgebracht,⁴¹ die in der Tabelle auf der nächsten Seite zusammengefasst sind.

41 Während der ersten Amtszeit von Präsident Trump hatte die EU die *Permanent Structured Cooperation* (PESCO), den *Coordinated Annual Defence Review* (CARD) und den *European Defence Fund* (EDF) ins Leben gerufen, um Fähigkeitslücken zu schließen, die operative Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Mitgliedsstaaten zu verbessern und die europäische Verteidigungsindustrie zu stärken.

Tabelle 1 Aktuelle Verteidigungsinitiativen, -programme und -instrumente der EU

Maßnahme	Status	Hauptziele
„Act in Support of Ammunition Production“ (ASAP)	Im Juli 2023 von den Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament verabschiedet	Erhöhung der Produktionskapazität für Artillerie-Munition und Raketen, insbesondere zur Verstärkung der militärischen Unterstützung für die Ukraine (Budget: 500 Mio. Euro)
„EU Defence Industry Reinforcement Through Common Procurement Act“ (EDIRPA)	Im September/Oktober 2023 von den Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament verabschiedet	Unterstützung des Ausbaus der Produktionskapazitäten der europäischen Verteidigungsindustrie und finanzielle Anreize zur gemeinsamen Beschaffung von Verteidigungsgütern zwischen mindestens drei Mitgliedsstaaten (Budget: 300 Mio. Euro bis 2025)
„European Defence Industry Strategy“ (EDIS)	Im März 2024 von der Europäischen Kommission vorgelegt	Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten bei Forschung, Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern. Festlegung konkreter Ziele: Bis zum Jahr 2030 sollen mindestens 50 Prozent der Aufträge der Mitgliedsstaaten an Unternehmen mit Sitz in der EU vergeben werden und mindestens 40 Prozent der Verteidigungsgüter gemeinsam beschafft werden.
„European Defence Industry Program“ (EDIP)	Im November/Dezember 2025 von den Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament verabschiedet	Umsetzung der EDIS-Ziele durch die Bereitstellung von 1,5 Mrd. Euro für den Zeitraum 2025–2027. Ergänzung des Europäischen Verteidigungsfonds (eingeführt 2021) zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen EU-Verteidigungsunternehmen in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie multinationale Kapazitätsentwicklung (Umfang: 7,3 Mrd. Euro)
„European Defence – Readiness 2030“ (Weißbuch) und „ReArm Europe“-Plan	Im März 2025 von der Europäischen Kommission vorgelegt	Mobilisierung von bis zu 800 Mrd. Euro bis zum Jahr 2030 zur Stärkung der europäischen Rüstungsinfrastruktur, Schließung kritischer Fähigkeitslücken, Erhöhung gemeinsamer Beschaffung, Stärkung militärischer Mobilität (unter Einbindung der ukrainischen Rüstungsindustrie)
„Security Action for Europe“ (SAFE)	Im Mai 2025 von den Mitgliedsstaaten verabschiedete Verordnung	Bereitstellung von langfristigen Darlehen an Mitgliedsstaaten für gemeinsame Verteidigungs- und Beschaffungsprojekte durch die EU-Kommission, die zu diesem Zweck Mittel von bis zu 150 Mrd. Euro am Kapitalmarkt aufnehmen kann

Quelle: Zusammenstellung durch den Autor

Während das „Readiness 2030“-Weißbuch und der Plan „ReArm Europe“ einen strategischen Rahmen zur Stärkung des EDTIB vorgeben und finanzielle Mittel vorschlagen, konkretisiert die „Defence Readiness Roadmap 2030“, die im Oktober 2025 von der EU-Kommission vorgelegt wurde, wie die Fähigkeitslücken im Rahmen enger Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten bis 2030 geschlossen werden sollen.⁴²

Zentrale Fragen bei der Umsetzung von „Readiness 2030“ sind, ob die Maßnahmen der EU eine verstärkte Bevorzugung europäischer Rüstungsgüter bei der Beschaffung begünstigen und wie die Beschaffung von mehr Rüstungsgütern finanziert werden kann.

Insbesondere das *Security Action for Europe*-Instrument (SAFE) soll entscheidend zur Stärkung des EDTIB beitragen;⁴³ bis November 2025 haben 19 EU-Mitglieder (nicht aber die Bundesregierung) bei der Europäischen Kommission Anträge für aus dem Programm finanzierte Darlehen eingereicht.⁴⁴ Auch Drittstaaten wie die EFTA-Staaten, die Ukraine und Kanada können sich unter bestimmten Bedingungen am SAFE-Programm beteiligen (mit Kanada wurde bereits ein Abkommen verhandelt). Welche Nicht-EU-Staaten sich künftig an EU-Programmen beteiligen dürfen, hat bereits Kontroversen unter den Mitgliedsstaaten ausgelöst. Dies zeigte sich etwa bei den Verhandlungen über das 1,5 Milliarden Euro schwere Programm zur Finanzierung europäischer Rüstungsinvestitionen im Rahmen des *European Defence Industry Program* (EDIP), das schließlich im Dezember 2025 verabschiedet wurde. Während Mitgliedsstaaten wie Frankreich auf strenge „Buy European“-Bestimmungen gedrängt hatten, plädierten andere Mitglieder wie die Niederlande und die meisten mittel- und osteuropäischen Staaten für mehr Flexibilität, um Aufträge auch an Nicht-EU-Staaten, wie die USA, vergeben zu dürfen. In einer gemeinsamen Erklärung verwiesen die entsprechenden Staaten ausdrücklich auf die Bedeutung der „transatlantischen Verbündeten“ bei der Beschaffung kritischer militärischer Komponenten.⁴⁵ Die Kompromisslösung vom September 2025 sieht vor, dass mindestens 65 Prozent der Komponenten (in Bezug auf den Wert) in den finanzierten Projekten in den EU-Staaten oder assoziierten Ländern produziert werden müssen.⁴⁶ Auch die „Defence Readiness Roadmap 2030“ sieht vor, dass die EU-Mitgliedsstaaten bis 2030 55 Prozent ihrer Militärgüter aus der EU bzw. assoziierten Staaten beziehen.⁴⁷

Die US-Regierung begrüßt zwar eine Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie, verfolgt die Diskussionen in der EU über europäische Präferenzregeln in Rüstungsprogrammen wie SAFE aber kritisch. Sie drängt darauf, dass neue Beschaffungsansätze in Europa die Interoperabilität innerhalb der NATO nicht beeinträchtigen, und warnt

42 Zu den Schlüsselinitiativen zählen Luftverteidigung, Weltraumüberwachung, Drohnenabwehr sowie der Schutz der Ostflanke („Eastern Flank Watch“).

43 Siehe [Speech by President von der Leyen at the European Parliament Plenary joint debate on European Council meetings and European Security](#), abgerufen am 23. November 2025.

44 Siehe [SAFE | Security Action for Europe](#), abgerufen am 16. Februar 2026.

45 Siehe auch [EU governments agree on €1.5 billion defense investment amid debate over „buy European“ rules](#), abgerufen am 23. November 2025.

46 Siehe auch [Kommission begrüßt politische Einigung über EDIP](#), abgerufen am 4. März 2026.

47 Siehe [Readiness Roadmap 2030](#), abgerufen am 4. März 2026.

davor, US-Unternehmen bei Beschaffungsentscheidungen zu benachteiligen und vom europäischen Rüstungsmarkt zu verdrängen.⁴⁸ Dabei verweist sie auf das Rahmenabkommen zwischen der EU und der US-Regierung vom Juli 2025, wonach die EU-Staaten die Beschaffung von Verteidigungsgütern aus den USA erheblich erhöhen werden (siehe oben). Daran wird deutlich, dass die industriepolitischen Initiativen der EU zu weiteren Spannungen mit der US-Regierung führen können.

Trotz EU-Programmen wie SAFE ist es eine zweite Herausforderung, die steigenden Rüstungsausgaben der Mitgliedsstaaten zu finanzieren. Denn diese müssen zum Großteil von den Mitgliedsstaaten getragen werden. Die zu diesem Zweck in „Readiness 2030“ vorgeschlagene Aktivierung nationaler Ausweichklauseln für Verteidigungsausgaben, mit denen die strengen Haushaltsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts übergangsweise flexibilisiert werden, haben viele EU-Mitgliedsstaaten bereits angewandt. Ob und in welchem Umfang die Mehrzahl der europäischen NATO-Staaten eine massive und dauerhafte Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben tatsächlich bewerkstelligen können und ob sie damit das 3,5/5-Prozent-Ziel der NATO erreichen, ist angesichts fiskalischer Engpässe jedoch ungewiss.

4.1 Regulatorische Reformen zur Förderung von Verteidigungsinvestitionen

Die EU versucht, das Finanzierungsproblem unter anderem durch das SAFE-Instrument zu mindern. „Readiness 2030“ zielt daneben darauf ab, die regulatorischen Rahmenbedingungen für Verteidigungsinvestitionen zu verbessern, um zusätzliches privates Kapital zur Finanzierung von Rüstungsinvestitionen zu mobilisieren.⁴⁹ Dabei ist zu berücksichtigen, dass institutionelle Anleger (wie z. B. Investmentfonds) bis 2024 nur in begrenztem Umfang in den Verteidigungssektor investiert haben. Zwar untersagen Finanzvorschriften der EU Investitionen in Unternehmen, die an der Herstellung „umstrittener Waffen“ beteiligt sind, darunter Antipersonenminen, Streumunition sowie chemische und biologische Waffen. Grundsätzlich sind Investitionen in Rüstungsunternehmen jedoch erlaubt. Die Zurückhaltung vieler institutioneller AnlegerInnen beruhte aus Sicht von ExpertInnen vielmehr häufig darauf, dass InvestorInnen sich um ihre Reputation sorgten.⁵⁰ Das hat sich seit 2024 aber geändert, und einige institutionelle InvestorInnen haben ihre Nachhaltigkeitsrichtlinien (Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards, ESG) angepasst, um Investitionen in die Rüstungsindustrie zu ermöglichen – eine Entwicklung, die nicht unumstritten ist.⁵¹

48 Siehe [Feedback from: U.S. Departments of State and War](#), abgerufen am 4. März 2026.

49 Siehe auch [Introducing the White Paper for European Defence and the ReArm Europe Plan – Readiness 2030](#), abgerufen am 6. Februar 2026.

50 Siehe [Sustainability rules are not a block on EU defence financing, but reputational fears are](#), abgerufen am 23. November 2025.

51 Siehe z. B. [Verdrehte Nachhaltigkeit: Erst Gas und Atomkraft, nun Waffen?](#), abgerufen am 12. Februar 2026.

Zeitgleich steht eine Novellierung der Kreditvergaberegeln der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Diskussion. Das Mandat der EIB wurde 2024 erweitert, sodass sie nun Projekte im Bereich von Dual-use-Technologien, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, fördern darf.⁵² Die Kreditvergaberegeln der EIB untersagen aber die Finanzierung rein militärischer Ausrüstung. Kritiker argumentieren, dass eine stärkere Rolle der EIB bei der Vergabe von Krediten für europäische Verteidigungsprojekte Signalwirkung hätte, um zusätzliche private Investitionen sowie durch Geschäftsbanken anzustoßen, und plädieren für eine Änderung der Regeln. Entsprechende Vorschläge werden unter den Mitgliedsstaaten jedoch kontrovers diskutiert: Im Januar 2025 forderten 19 EU-Mitglieder die EIB auf, ihre Regeln weiter zu ändern und auch die Ausgabe von Verteidigungsanleihen in Betracht zu ziehen. Der Vorschlag wurde jedoch von einigen EU-Mitgliedsstaaten, darunter Österreich und Irland, abgelehnt.

Um mehr Privatinvestitionen zu mobilisieren, hat die Europäische Kommission daneben versucht, regulatorische Hindernisse aus der EU-Offenlegungsverordnung (SFDR) zu mindern. Die SFDR verpflichtet Finanzinstitute, offenzulegen, welche Rolle ESG-Standards bei ihren Investitionsentscheidungen spielen, um es AnlegerInnen zu ermöglichen, die Nachhaltigkeit von Finanzprodukten valide einschätzen zu können. Im Juni 2025 legte die Europäische Kommission Orientierungshilfen zu der Frage vor, ob Investitionen in den Verteidigungssektor als „nachhaltige Investition“ im Sinne der SFDR-Verordnung betrachtet werden können. Darin wird argumentiert, dass „die Verteidigungsindustrie einen entscheidenden Beitrag zur Resilienz und Sicherheit der Union und damit zu Frieden und sozialer Nachhaltigkeit leistet“, aber Einzelfallprüfungen erforderlich seien, ob eine Investition die Voraussetzungen einer „nachhaltigen Investition“ im Sinne des SFDR erfüllt.⁵³ Die Kommissionsmitteilung stellt bisher keine Änderung der Rechtslage dar.

Obgleich diese Entwicklungen zeigen, dass sich die Mitgliedsstaaten der Notwendigkeit verstärkter Privatinvestitionen im Bereich der Verteidigungstechnologie und -industrie bewusst sind, bleibt abzuwarten, ob die jüngsten Bemühungen auf EU-Ebene europäische institutionelle InvestorInnen zu höheren Investitionen bewegen werden. Wie nachfolgend gezeigt wird, ist diese Diskussion auch für den Bereich der Verteidigungstechnologie bedeutsam.

52 Zuvor verlangten die EIB-Vorschriften, dass Hersteller von Dual-use-Gütern mehr als 50 Prozent ihrer Einnahmen aus zivilen Anwendungen erzielen müssen.

53 Siehe [Commission Notice on the application of the sustainable finance framework and the Corporate Sustainability Due Diligence Directive to the defence sector, C\(2025\) 3800/3](#), abgerufen am 23. November 2025. Die „Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie“ der Bundesregierung vom Dezember 2024 vertritt eine ähnliche Position zu diesem Thema; siehe [Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie](#), S. 12, abgerufen am 23. November 2025.

5 Die zunehmende Bedeutung neuer Technologien in der Beschaffung

Der Krieg in der Ukraine hat Trends in der Kriegsführung erheblich beschleunigt, so etwa den Einsatz neuer Verteidigungstechnologien wie unbemannte Flugsysteme (UAS), unbemannte Bodensysteme (UGS) und Anti-Drohnen-Systeme (Counter-UAS).⁵⁴ Unter anderem weil sie nur begrenzt über konventionelle Waffen wie Abfangraketen und Artilleriegeschosse verfügen, haben die ukrainischen Streitkräfte zunehmend auf neue Verteidigungstechnologien gesetzt und deren Einsatz kontinuierlich weiterentwickelt.⁵⁵ So haben beispielsweise die ukrainischen Streitkräfte mit Langstrecken-Drohnen russische Energieinfrastrukturen und Versorgungszentren angegriffen.⁵⁶ Das Ungleichgewicht zwischen den vergleichsweise niedrigen Produktionskosten vieler Arten unbemannter Flugsysteme (UAS) und den extrem hohen Kosten für konventionelle Fähigkeiten wie Flugabwehrsysteme oder Kampfpanzer ist besonders eklatant. Diese Dynamik hat zu einer beschleunigten Produktion neuer Verteidigungstechnologien in der Ukraine geführt,⁵⁷ bei der Gefechtserfahrungen systematisch einbezogen werden. Westliche Regierungen verfolgen die Entwicklung neuer und innovativer Technologien und deren Einsatz in der Ukraine mit großer Aufmerksamkeit. US- und europäische Rüstungsunternehmen haben Partnerschaften mit ukrainischen Herstellern geschlossen, um von diesem Know-how zu profitieren und die Ukraine zu unterstützen.

Die Ereignisse in der Ukraine und andere Konflikte haben zudem den globalen Wettlauf bei der Entwicklung von Verteidigungstechnologien beschleunigt.⁵⁸ Dieser Wettbewerb umfasst auch die Integration von künstlicher Intelligenz (KI) in Verteidigungstechnologien (militärische KI).⁵⁹ Vor allem in den USA ist in diesem Bereich eine schnell wachsende Branche entstanden, die zunehmend Partnerschaften mit europäischen Herstellern sucht. Die strategische Bedeutung neuer Verteidigungstechnologien ist daneben auch verstärkt in den Fokus der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerückt.

54 UAS unterscheiden sich hinsichtlich Größe, Reichweite, Höhe, Einsatzgebiet usw., aber auch hinsichtlich der militärischen Fähigkeiten. So kann z. B. zwischen (wiederverwendbaren) Kampfdrohnen für Offensivoperationen, Kamikaze-Drohnen für einmalige Angriffe auf bestimmte Ziele, Loitering Munition Systems, die über längere Zeit in der Luft bleiben können, Überwachungs- und Logistikdrohnen (z. B. für den Frachttransport) unterschieden werden.

55 Siehe auch [What Drones Can—and Cannot—Do on the Battlefield – Foreign Affairs](#), abgerufen am 23. November 2025.

56 [US intel guided Ukraine's strikes on Russian energy sites](#), abgerufen am 23. November 2025.

57 [Ukrainische Unternehmen produzieren jährlich Millionen von UAS. Siehe auch Zelenskiy woos US businesses, seeks to grow Ukraine's drone industry – Reuters](#), abgerufen am 23. November 2025.

58 Beispielsweise wurden bewaffnete und unbewaffnete UAS auch im Krieg um Bergkarabach, beim Angriff der Hamas auf Israel und bei der israelischen Invasion im Gazastreifen eingesetzt.

59 Beispielsweise kann moderne KI Daten von UAS, Radargeräten und Sensoren zusammenführen und so Visualisierungen des Schlachtfelds erzeugen, die die Entscheidungsfindung in weit von der Kampffront entfernten Kommandozentralen unterstützen.

5.1 Der wachsende Verteidigungstechnologie-sektor in den Vereinigten Staaten

Die US-Regierung betrachtet technologische Überlegenheit als zentral für die nationale Sicherheit, wobei der Einsatz von KI in Verteidigungstechnologien stetig an Bedeutung gewinnt. So rief bereits 2018 die Künstliche-Intelligenz-Strategie des Pentagons dazu auf, die Einführung von KI zu beschleunigen.⁶⁰ Entsprechend hat sich in den USA eine innovative Industriebranche entwickelt, in der zahlreiche Unternehmen und Start-ups an der Entwicklung KI-gestützter Verteidigungstechnologien arbeiten.

Das politische Umfeld in den USA hat diese Entwicklung begünstigt. Ähnlich wie die Biden-Regierung betrachtet auch die Trump-Regierung KI als Schlüsseltechnologie im geopolitischen Wettstreit mit China, verfolgt allerdings einen weniger vorsichtigen Ansatz.⁶¹ Die von Präsident Biden im Oktober 2023 erlassene Exekutivverordnung zur sicheren und vertrauenswürdigen Entwicklung von KI (Executive order 14110), die verbindliche Sicherheits- und Governance-Standards für KI vorsah, strenge Anforderungen an EntwicklerInnen setzte und Bundesbehörden zur Ernennung von Chief AI Officers (KI-Beauftragten) verpflichtete, wurde von Donald Trump im Januar 2025 aufgehoben. Seine Regierung betrachtet KI als Schlüsselindustrie für Wirtschaftswachstum und Innovationen in den USA, und ihr „KI-Aktionsplan“ vom Juli 2025 setzt auf Deregulierung, die beschleunigte Einführung von KI-Technologien und die Förderung von KI-Infrastruktur.⁶² Die Trump-Regierung unterstützt zudem den Einsatz von KI in Verteidigungstechnologien.⁶³ Auch das Genehmigungsgesetz zur Nationalen Verteidigung (*National Defense Authorization Act*) enthält Bestimmungen zur Unterstützung von KI-Forschung und verantwortungsvollen Einbindung von KI-Technologien in militärische Systeme.⁶⁴

Die Risiken des Einsatzes von KI in militärischen Anwendungen werden vielfach diskutiert. Zu den zentralen Fragen zählen, wie „hinreichende menschliche Kontrolle“ bei der Anwendung militärischer KI definiert und gewährleistet werden kann; ob und wie solche Systeme zuverlässig zwischen Kombattanten und Zivilisten unterscheiden können. Zur Debatte stehen außerdem die Vereinbarkeit mit dem humanitären Völkerrecht, die Sicherstellung der Verhältnismäßigkeit und wie

60 Siehe US-Verteidigungsministerium, [Summary of the 2018 Department of Defense Artificial Intelligence Strategy: Harnessing AI to Advance Our Security and Prosperity](#), abgerufen am 23. November 2025.

61 Siehe Büro des Präsidenten der Vereinigten Staaten, [Winning the Race: America's Action Plan](#), Juli 2025, abgerufen am 23. November 2025.

62 Dieser Ansatz wird von Bürgerrechtsgruppen, Kongressabgeordneten beider Parteien sowie Bundesstaaten, die eigene KI-Gesetze verabschiedet haben, scharf kritisiert; siehe [Ethics and regulation of AI in defence technology: navigating the legal and moral landscape – Interface](#), abgerufen am 23. November 2025.

63 Siehe [How the Pentagon plays into Trump's sprawling artificial intelligence „Action Plan“ – Breaking Defense](#), abgerufen am 23. November 2025.

64 Siehe [Ethics and regulation of AI in defence technology: navigating the legal and moral landscape – Interface](#), abgerufen am 23. November 2025.

Rückverfolgbarkeit, Rechenschaftspflicht, Haftung und Verantwortung durchgesetzt werden können (z. B. wenn KI-Systeme eigenständige Entscheidungen treffen).⁶⁵

Durch die Verknüpfungen zwischen neuen Technologien und militärischen Anwendungen hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Verteidigungsministerium und der Industrie sowie zwischen Unternehmen aus dem Tech- und dem Rüstungssektor in den letzten Jahren vertieft. Das kam auch Unternehmen zugute, die sich auf neue Verteidigungstechnologien spezialisiert haben. So hat das 2017 gegründete Unternehmen Anduril, das sich auf autonome KI- und Robotiktechnologie spezialisiert, einen rasanten Wertzuwachs verzeichnet. Das Unternehmen hat maßgeblich von Risikokapitalinvestitionen profitiert, aber auch von staatlichen Aufträgen. So wurde Anduril im März 2025 mit der Lieferung von KI-gestützten Drohnenabwehrsystemen für das US-Marinekorps im Wert von 642 Millionen US-Dollar beauftragt.⁶⁶ Auch große US-amerikanische Technologieunternehmen wie OpenAI, Google, Anthropic und xAI haben verstärkt in Verteidigungstechnologien investiert. Dabei sind Kooperationen zwischen großen etablierten Technologieunternehmen und vergleichsweise jungen Marktteilnehmern entstanden. So arbeitet Meta beispielsweise mit Anduril zusammen, um Verteidigungstechnologieprodukte wie Virtual-Reality-Systeme für die US-Armee weiterzuentwickeln.⁶⁷ Parallel dazu kooperieren große Technologie- und Rüstungsunternehmen, um KI-Systeme in Verteidigungsplattformen einzupassen. Beispielsweise arbeiten Lockheed Martin und Google zusammen, um generative KI-Technologien von Google Cloud in die Systeme von Lockheed Martin zu integrieren.⁶⁸

Auch die direkte Zusammenarbeit zwischen der Technologiebranche und dem US-Verteidigungsministerium hat sich vertieft. So unterstützen zum Beispiel OpenAI, Google, xAI und Anthropic das Pentagon dabei, KI-Fähigkeiten für die US-Streitkräfte einzuführen und weiterzuentwickeln. So soll das KI-Modell von Anthropic über eine Partnerschaft mit dem Softwareunternehmen Palantir beim Einsatz des US-Militärs zur Ergreifung von Nicolás Maduro eingesetzt worden sein.⁶⁹ Um an staatlichen Ausschreibungen teilnehmen zu können, haben einige Technologieunternehmen ihre internen Richtlinien angepasst, die zuvor die Entwicklung von Technologien für militärische Zwecke ausgeschlossen oder eingeschränkt hatten.⁷⁰ Auch die personelle

65 Siehe auch ebd. Diese zentralen Fragen wurden auch im Rahmen der Verhandlungen über das von der EU im Jahr 2024 verabschiedete Gesetz über die künstliche Intelligenz diskutiert. Das KI-Gesetz gibt für Hochrisiko-KI-Systeme im kommerziellen Sektor gründliche Risikobewertungen und menschliche Aufsicht vor. Der AI Act gilt allerdings nicht für KI-Systeme, die für militärische Zwecke und Verteidigung entwickelt werden. Mehrere Mitgliedsstaaten, darunter Frankreich, setzten sich für eine Ausnahmeregelung ein, um Einschränkungen für KI im Bereich Verteidigung und Sicherheit gering zu halten; siehe [Forschungsdienst des Europäischen Parlaments, Defence and artificial intelligence](#), S. 10, abgerufen am 23. November 2025.

66 Siehe auch [How Anduril Is Transforming Defense Technology](#), abgerufen am 23. November 2025.

67 [Booming Military Spending on AI is a Windfall for Tech—and a Blow to Democracy – TechPolicy.Press](#), abgerufen am 23. November 2025.

68 [Lockheed Martin, Google Cloud collaborate on generative AI for national security](#), abgerufen am 23. November 2025.

69 Siehe [Pentagon Used Anthropic's Claude in Maduro Venezuela Raid](#), abgerufen am 16. Februar 2026.

70 Siehe auch [Anthropic's New Government AI Models Signal the Defense Tech Gold Rush is Real](#), abgerufen am 23. November 2025.

Zusammenarbeit zwischen Technologiebranche und Verteidigungsministerium hat sich weiter vertieft. So hat die US Army Führungskräfte aus Technologieunternehmen zu Mitgliedern ihres *Executive Innovation Corps* („Detachment 201“) ernannt, um technologische Expertise systematisch mit militärischer Innovation zu verknüpfen.⁷¹ Im Februar 2026 eskalierte allerdings ein Streit zwischen Anthropic und dem US-Verteidigungsministerium über die Nutzung der KI von Anthropic; stattdessen arbeitet nun OpenAI mit dem Pentagon zusammen.⁷²

Zwar bestehen Partnerschaften zwischen dem US-Verteidigungsministerium und Technologieunternehmen seit Jahrzehnten.⁷³ Weil in jüngster Vergangenheit immer umfangreicher und intensiver zusammengearbeitet wird, befürchten ExpertInnen eine wachsende „Militarisierung des Silicon Valley“. ⁷⁴ Auch vor dem Hintergrund autokratischer Dynamiken in den USA⁷⁵ wird die zunehmende Zusammenarbeit zwischen großen Technologieunternehmen und der Trump-Regierung von vielen BeobachterInnen kritisch verfolgt.⁷⁶ Einige Führungskräfte der Technologiebranche unterstützen die Pläne der Trump-Regierung zur Umgestaltung des Staates offen.⁷⁷ Auch deshalb warnen KritikerInnen vor einer gefährlichen Allianz, die zu einem technologischen Autoritarismus führen könne.⁷⁸

71 Siehe [Army Launches Detachment 201: Executive Innovation Corps to Drive Tech Transformation](#), abgerufen am 23. November 2025.

72 Anthropic befürchtet, dass seine KI für Massenüberwachungen in den USA oder vollständig autonome Waffen eingesetzt werden kann, und drängte deshalb in Verhandlungen mit dem Pentagon auf Nutzungsbeschränkungen. Verteidigungsminister Hegseth, der eine Nutzung der KI für „jeden legalen Zweck“ einfordert, ordnete daraufhin die Einstufung des Unternehmens als Lieferkettenrisiko für die nationale Sicherheit an.

73 Beispielsweise stellen Unternehmen wie IBM, Microsoft und Oracle dem US-Verteidigungsministerium seit Langem Datenspeicher- und Rechenkapazitäten zur Verfügung. Seit Jahrzehnten unterstützt das US-Verteidigungsministerium auch eine enge Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen aus Forschung und Entwicklung in den USA. So ist beispielsweise die *Defense Advanced Research Projects Agency* (DARPA) ein zentraler Akteur, die Entwicklung neuer Technologien zu fördern, und arbeitet regelmäßig mit Wissenschaft und Industrie zusammen (nicht ausschließlich für militärische Anwendungen); siehe [Booming Military Spending on AI is a Windfall for Tech—and a Blow to Democracy – TechPolicy.Press](#), abgerufen am 23. November 2025.

74 Siehe auch [The Militarization of Silicon Valley](#), abgerufen am 23. November 2025.

75 Siehe [Accelerating Authoritarian Dynamics: Assessment of Democratic Decline](#), abgerufen am 13. Februar 2026.

76 Siehe [Big Tech enters the war business: How Silicon Valley is becoming militarized, Economy and Business – EL PAÍS English](#), abgerufen am 23. November 2025.

77 Siehe auch [Palmer Luckey, Donald Trump's Original Tech Bro, Gets His Moment](#), abgerufen am 23. November 2025.

78 Siehe auch [Why Silicon Valley is arming up with defense contracts](#), abgerufen am 23. November 2025.

5.2 Der Verteidigungstechnologiesektor in Deutschland und die Beschaffungspolitik der Bundesregierung

Die Entwicklungen in den neuen Verteidigungstechnologien sind auch für die EU-Staaten relevant. Insbesondere im Zuge des russischen Krieges gegen die Ukraine ist die Erkenntnis gewachsen, dass zur Abschreckung und Verteidigung eine Kombination und Integration von konventionellen militärischen Fähigkeiten und neuen Verteidigungstechnologien erforderlich sind.⁷⁹ Die Bundesregierung betrachtet zum Beispiel unbemannte Flugsysteme (UAS) als eine Schlüsselkomponente der Verteidigung.⁸⁰ Zwar setzt die Bundeswehr seit Jahren Aufklärungs- und Überwachungsdrohnen ein und verfügt daneben über die Drohne „Heron TP“, die grundsätzlich auch mit Waffen bestückt werden kann.⁸¹ Auch KI wird von der Bundeswehr bereits in Logistik-, Frühwarn- und Aufklärungssystemen eingesetzt. Wie die „Task Force Drohne“, vom Bundesministerium der Verteidigung im November 2023 eingesetzt, aber aufgezeigt hat, ist die Bundeswehr im Drohnen-Bereich noch unzureichend ausgerüstet und ausgebildet.⁸² Im Februar 2026 hat der Bundestag zum ersten Mal dem Erwerb von Loitering Munition Systems (LMS), auch Kamikazedrohnen genannt, zugestimmt (siehe unten).

Die bis dahin zögerliche Beschaffung von neuen Verteidigungstechnologien lag unter anderem an den rasanten Innovationszyklen der Drohnen- und Drohnenabwehrsysteme, die sich aus den Erfahrungen auf dem Schlachtfeld in der Ukraine ergeben. So besteht aufseiten der Bundesregierung und des Bundestags die Befürchtung, dass die Technologie bestellter Systeme bald nach ihrer Auslieferung bereits veraltet sein könnte. Neu beschaffte Technologien sind demnach risikoreiche Investitionen, was beim Umgang mit öffentlichen Mitteln berücksichtigt werden muss.⁸³ Trotz des politischen Handlungsdrucks, die Beschaffung neuer Technologien zu beschleunigen, müssen Compliance-Regeln eingehalten werden, sodass die richtige Balance zwischen Geschwindigkeit und Risikoabschätzung eingehalten werden müsse. Ein struktureller Grund für die zögerlichen Beschaffungen sind daneben die Planungsprozesse, an denen eine Reihe von InteressenvertreterInnen beteiligt sind und die als bürokratisch, komplex und langwierig gelten. Für viele kleine und mittelständische Unternehmen

79 Siehe auch Äußerungen von Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr: [Kriegsführung mit Drohnen: Das plant die Bundeswehr](#), abgerufen am 23. November 2025.

80 Siehe auch [Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie](#), S. 9, abgerufen am 23. November 2025.

81 Im September 2025 hat der Haushaltsausschuss des Bundestags den Kauf weiterer „Heron TP“ gebilligt; siehe [Grünes Licht für sieben weitere Beschaffungsvorhaben](#), abgerufen am 23. November 2025.

82 Siehe auch [Die drohnenarme Armee – Reservistenverband](#). ExpertInnen zufolge wurde die Entwicklung von UAS-Technologien für die Bundeswehr vor allem aufgrund des Skandals um den „Euro-Hawk“ jahrelang verzögert. Dabei handelte es sich um ein Drohnenprojekt, dessen Entwicklung im Jahr 2013 aufgrund technischer Probleme und einer drohenden Kostenexplosion eingestellt wurde. Aus einem Gespräch mit der Vertreterin einer Bundesbehörde.

83 Im Gegensatz dazu argumentieren Verteidigungstechnologie-Start-ups, die softwaredefinierte Verteidigungssysteme herstellen, dass für die Nutzung zwar regelmäßige Software-Updates erforderlich sind, die Hardware der Systeme aber voll funktionsfähig bleibt.

und Start-ups ist es deshalb schwierig, an den Ausschreibungsverfahren teilzunehmen und Aufträge zu gewinnen.⁸⁴

Trotz der begrenzten öffentlichen Beschaffungen neuer Verteidigungstechnologien hat sich in den letzten Jahren in Deutschland eine innovative Branche in diesem Bereich entwickelt.⁸⁵ Zu den Start-ups, die in diesem Zusammenhang oft in den Medien genannt werden, gehören Stark Defence,⁸⁶ Helsing,⁸⁷ Tytan Technologies⁸⁸ und ARX Robotics.⁸⁹ Einige dieser Start-ups haben bereits militärische Fähigkeiten für die ukrainischen Streitkräfte bereitgestellt, darunter unbemannte Flugsysteme (UAS), unbemannte Bodenfahrzeuge (UGV) und Drohnenabwehrsysteme, unter anderem im Rahmen des „Sonderstabs Ukraine“.⁹⁰ Eine Herausforderung für die Branche ist die Versorgung mit Rohstoffen. Viele Rohstoffe von Komponenten für UAS stammen aus China, aber auch den USA, zum Beispiel Hochleistungschips. Deshalb versuchen einige Start-ups, ihre Lieferketten zu diversifizieren und diese Komponenten beispielsweise durch Produkte aus Südafrika und Kanada zu ersetzen. Allerdings ist eine Massenproduktion unter diesen Umständen nur begrenzt möglich.⁹¹ Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Verteidigungstechnologien sind etablierte deutsche Rüstungsunternehmen zunehmend Partnerschaften mit Verteidigungstechnologie-

-
- 84 Aus Gesprächen mit VertreterInnen von Bundesbehörden. Die „Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie“ vom Dezember 2024 (die noch unter der Scholz-Regierung verabschiedet wurde) erkennt an, dass durch nationale und europäische Vorgaben und Regularien „gerade an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie an Start-ups [...] hohe Anforderungen gestellt [werden], welche einen erheblichen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen können. Dies erschwert den Zugang zu staatlichen Beschaffungsverfahren und Finanzierungsmöglichkeiten [...]“. Die Bundesregierung habe daher die Instrumente der Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) für Start-ups und innovative Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für Dual-use-Anwendungen geöffnet und plant, „Start-ups bei der Bedarfsdeckung stärker in den Fokus [zu] nehmen“; siehe [Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie](#), S. 6, S. 9, S. 10, abgerufen am 23. November 2025.
- 85 Diese sind nicht auf UAS beschränkt, sondern umfassen eine Reihe von Technologien, darunter die Verschmelzung von Biologie, Robotik und Technologie; siehe [Europe's Defense Tech Boom: A Surge in Investment and Innovation](#), abgerufen am 23. November 2025.
- 86 Stark Defence, 2024 gegründet, ist auf Loitering Munition Systems (LMS) spezialisiert, beispielsweise mit seinem Modell „Virtus“. Das Start-up ist ein Ableger von Quantum Systems, einem auf Dual-use- und Drohnentechnologien spezialisierten Unternehmen; siehe [Stark Defence: Das Berliner Start-up wächst mit militärischer Technologie](#), abgerufen am 23. November 2025.
- 87 Helsing wurde 2021 gegründet und hat sich auf die Entwicklung und Produktion von UAS und autonomen Unterwasserfahrzeugen spezialisiert. Für die Entwicklung des ersten LMS („HF-1“) arbeitete Helsing mit einem ukrainischen Partner zusammen. Die neuere Version des Modells („HX-2“) nutzt künstliche Intelligenz, um elektronischer Kriegsführung und Störsignalen auszuweichen, und kann auch in Schwarmformationen eingesetzt werden. Helsing hat sich zu einem der wertvollsten Start-ups in Europa entwickelt; siehe [Ukraine orders 6,000 loitering munitions from Germany's Helsing – Breaking Defense](#), abgerufen am 23. November 2025.
- 88 Tytan Technologies produziert vor allem KI-gestützte Abfangdrohnensysteme, die es bereits in die Ukraine geliefert hat.
- 89 ARX Robotics, ein auf UGV (mit Anwendungen in den Bereichen Aufklärung und Evakuierung von Verwundeten) spezialisiertes Unternehmen, hat bereits Produkte an die Streitkräfte von sechs europäischen Ländern geliefert, darunter auch an die Bundeswehr. Bei der Konstruktion des Minipanzer „Combat Gereon“ hat das Unternehmen mit einem ukrainischen Partner zusammengearbeitet und in der Ukraine Produktionsstätten eingerichtet. Das Start-up hat daneben ein eigenes Betriebssystem („Mithra“) entwickelt, um verschiedene Systeme miteinander verbinden zu können.
- 90 Allerdings waren laut Medienberichten Teile der gelieferten Kampfdrohnen von Helsing nicht effektiv und wurden von den ukrainischen Streitkräften nicht eingesetzt; siehe [Ukraine Holds Off on New Helsing Drone Orders After Setbacks](#), abgerufen am 16. Februar 2026.
- 91 Siehe zum Beispiel [Offene Flanke](#), abgerufen am 16. Februar 2026. Laut Stark Defence werden die Komponenten seines Loitering Munition Systems (Modell „OWE-V“) dagegen vollständig in Deutschland hergestellt, sodass deren Produktion weniger abhängig von globalen Lieferketten ist; siehe [Die Bundeswehr will Loitering Munition von Helsing und Stark beschaffen](#), abgerufen am 23. November 2025.

Start-ups eingegangen. So besteht eine Zusammenarbeit zwischen Stark Defence und TDW, einer Tochtergesellschaft von MBDA (einem großen europäischen Joint Venture), bei der TDW Sprengköpfe für die LMS von Stark Defence produziert.⁹² ARX Robotics arbeitet mit dem Unternehmen Renk zusammen, das unter anderem auf Getriebe und Federungssysteme für Militärfahrzeuge und Marineschiffe spezialisiert ist.⁹³ In einer Zusammenarbeit zwischen Tytan Technologies und KNDS Deutschland wiederum wird das kinetische UAS-Abfangsystem „Interceptor-S“ in den Schützenpanzer „Boxer RCT30“ integriert.⁹⁴ Angesichts der Bedrohungslage, der zunehmenden Relevanz neuer Technologien für die Verteidigungsfähigkeit, des wachsenden deutschen Verteidigungshaushalts und gemeinsamer europäischer Beschaffungsinitiativen ist zu erwarten, dass die Bundesregierung in den nächsten Jahren in erheblich größerem Umfang neue Verteidigungstechnologien beschaffen wird.⁹⁵ Das verdeutlicht das Beispiel Loitering Munition System (LMS): Nachdem das Bundesverteidigungsministerium im April 2025 zu Testzwecken eine Charge LMS von drei deutschen Anbietern bestellt hatte, genehmigte der Bundestag im Februar 2026 LMS-Bestellungen im Umfang von rund 540 Millionen Euro von Stark Defence und Helsing. Er erlegte dem Bundesverteidigungsministerium aber zugleich Berichtspflichten auf und deckelte künftige Käufe aus Rahmenverträgen auf jeweils eine Milliarde Euro. Die Entscheidung verdeutlicht den Handlungsdruck, die Fähigkeitslücken der Bundeswehr im Bereich der LMS so rasch wie möglich zu schließen, zumal diese von der neuen Litauen-Brigade eingesetzt werden sollen.

Daneben wurde am Rande eines NATO-Verteidigungsministertreffens im Februar 2026 bekannt gegeben, dass Deutschland gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien, Polen und Schweden und im Rahmen des ELSA-Projekts (*European Long-range Strike Approach*) eine große Menge an Kampfdrohnen beschaffen werde. Im Zuge eines potenziellen Aufbaus eines Drohnenabwehrsystems in Europa könnte es zudem zu vermehrten Beschaffungen neuer Verteidigungstechnologien kommen, von denen auch deutsche Start-ups profitieren könnten.⁹⁶

Gleichzeitig drängen auch US-amerikanische Verteidigungstechnologieunternehmen auf den europäischen Markt. So versuchen sich die US-amerikanischen Unternehmen Shield AI sowie Anduril in Europa zu etablieren.⁹⁷ Im Juni 2025 gab das niederländische Verteidigungsministerium bekannt, acht Drohnensysteme bei Shield AI in Auftrag zu geben. Gleichzeitig kommt es – ähnlich wie im konventionellen Rüstungssektor –

92 Siehe [TDW und Stark entwickeln gemeinsam Gefechtskopfsysteme für Loitering Munition](#), abgerufen am 23. November 2025.

93 Siehe [Daimler Truck, Pressemitteilung](#), abgerufen am 23. November 2025.

94 Siehe [Lösungen für die Drohnenabwehr von KNDS und Tytan](#), abgerufen am 16. Februar 2026.

95 Daneben sollen künftig von der Ukraine entwickelte Kampfdrohnen in Deutschland produziert werden. Die Kooperation findet im Rahmen der Initiative „Build with Ukraine“ zwischen dem ukrainischen Unternehmen Frontline Robotics und dem deutschen Unternehmen Quantum Systems statt.

96 Passend zu diesen Aussichten plant Stark Defence den weiteren Ausbau seiner Produktionskapazitäten; siehe [Stark Defence: Das Berliner Start-up wächst mit militärischer Technologie](#), abgerufen am 23. November 2025.

97 [Europe is pouring money into defense. Can US firms reap the reward amid trans-Atlantic tension? – Breaking Defense](#), abgerufen am 23. November 2025.

zu Partnerschaften zwischen europäischen und US-amerikanischen Unternehmen. So sind Rheinmetall und Anduril eine Partnerschaft zur Entwicklung und Fertigung einer europäischen Version der Anduril-Drohne „Fury“ eingegangen, die in Deutschland zusammen mit anderen europäischen Unternehmen produziert werden soll.⁹⁸ Ob derartige Partnerschaften in den kommenden Jahren weiter zunehmen werden, bleibt abzuwarten.

5.3 Die Relevanz von Risikokapital in der Verteidigungstechnologiebranche

Eine große Hürde für viele deutsche Start-ups im Verteidigungstechnologiesektor war die Sicherung von Krediten und Investitionen in der Anfangsphase. Die meisten Geschäftsbanken in Europa waren lange aufgrund von ESG-Kriterien und Befürchtungen von Reputationsschäden nicht bereit, Kapital an Start-ups zu vergeben, die im Bereich Dual-use-Technologien und Verteidigung tätig sind.⁹⁹ Dagegen gelang es einigen Start-ups, Risikokapital zu generieren. Ein prominentes Beispiel ist Helsing, das beträchtlich von Prima Materia,¹⁰⁰ der Investmentfirma des Spotify-Gründers Daniel Ek, unterstützt wird.¹⁰¹ ARX Robotics hat Finanzmittel von deutschen und französischen Risikokapitalgebern erhalten.¹⁰² Grundsätzlich spielt Risikokapital, das in den letzten Jahren in immer größerem Umfang vergeben wird, in der Branche eine zentrale Rolle. So haben europäische Start-ups im Verteidigungstechnologiesektor im Jahr 2024 insgesamt 5,2 Milliarden US-Dollar an Risikokapital erhalten und damit 24 Prozent mehr als im Jahr 2023.¹⁰³ Dieser Trend hat sich im Jahr 2025 weiter fortgesetzt.¹⁰⁴

Die Branche hat zudem von Risikokapital aus den USA profitiert, wie das Beispiel Stark Defence verdeutlicht: In einer Finanzierungsrunde im Jahr 2025 sicherte sich das deutsche Start-up Investitionen in Höhe von 62 Millionen US-Dollar, darunter von den US-Risikokapitalgesellschaften Sequoia Capital, Thiel Capital und In-Q-Tel sowie dem NATO Innovation Fund. Zu den InvestorInnen zählt auch Peter Thiel, ein wichtiger Wahlkampfspender der Republikanischen Partei und Unterstützer von Donald Trump,

98 Rheinmetall plant, die Kampfdrohne in seine militärische digitale Plattform „Battlesuite“ zu integrieren, ein Verbund von UAS, weiteren Waffensystemen und einer Kommandozentrale; siehe [Anduril, Rheinmetall partner to build military drones for Europe – Reuters](#), abgerufen am 23. November 2025.

99 Siehe auch [Defense-Startup Arx Robotics sammelt 31 Millionen Euro ein – Business Insider](#), abgerufen am 23. November 2025.

100 Siehe [Spotify's Daniel Ek just bet bigger on Helsing, Europe's defense tech darling – TechCrunch](#), abgerufen am 23. November 2025.

101 Ek ist für seine Investitionen in Verteidigungstechnologie kritisiert worden; siehe auch [Massive Attack remove music from Spotify to protest against CEO Daniel Ek's investment in AI military](#), abgerufen am 23. November 2025. Gleichzeitig wurde Spotify dafür kritisiert, Stellenanzeigen für die US-Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) zu schalten; siehe [Spotify users boycott streaming platform over ICE recruitment ads](#), abgerufen am 23. November 2025.

102 [Rüstung: Arx Robotics will Europas Verteidigungsfähigkeit stärken](#), abgerufen am 23. November 2025.

103 [Defense and resilience tech reached an all-time high 10% of all VC funding in Europe – TechCrunch](#), abgerufen am 23. November 2025.

104 Siehe auch [As European Defense Investment Rises What Role Can Startups Play?](#), abgerufen am 23. November 2025.

der sich bereits an einer früheren Finanzierungsrunde des Unternehmens beteiligt hatte.¹⁰⁵ Die Frage, welchen Einfluss InvestorenInnen auf die operativen Entscheidungen des Start-ups haben, stand bei der Entscheidung im Bundestag zur Beschaffung von LMS von Stark Defence im Mittelpunkt der Diskussionen. Auch Helsing hat seit 2021 von Investitionen durch Risikokapitalgesellschaften mit Sitz in den USA profitiert, darunter Lightspeed Venture Partners, Accel und General Catalyst.¹⁰⁶ In Abgrenzung dazu präsentieren sich einige Start-ups im Verteidigungstechnologiesektor bewusst als „europäische Unternehmen“. So betont beispielsweise ARX Robotics die Relevanz europäischer InvestorInnen und europäischer Technologien.¹⁰⁷ Die Betonung europäischer Souveränität, die auch von anderen deutschen Unternehmen ins Feld geführt wird, könnte zu einem Wettbewerbsvorteil werden angesichts wachsender Sorgen hinsichtlich der weitgehenden technologischen Abhängigkeit Europas von den USA.¹⁰⁸

Grundsätzlich betrachten es PolitikerInnen als Risiko, wenn Rüstungs-Start-ups von Risikokapitalfinanzierung abhängig sind. So wird befürchtet, dass Risikokapitalgesellschaften ihre Finanzierung zurückziehen könnten, falls sich die Investitionen als nicht rentabel genug erweisen.¹⁰⁹ Außerdem besteht die Sorge, dass Start-ups mit ihrem technologischen Know-how ins Ausland abwandern könnten.¹¹⁰ Daher wird aktuell vor allem diskutiert, wie größere Investitionen – auch in kleinere Unternehmen – unter anderem von institutionellen AnlegerInnen begünstigt werden können und wie das öffentliche Vergabewesen reformiert werden kann, um die Branche effektiver zu unterstützen.

105 Siehe [Sequoia leads \\$ 62 M round, valuing Stark at \\$ 500 M as it ramps up AI-powered battlefield drones – TFN](#), abgerufen am 23. November 2025. Bei In-Q-Tel handelt es sich um eine Investmentfirma der CIA, die Medienberichten zufolge in den vergangenen Jahren maßgeblich in europäische Start-ups im Bereich der Rüstungstechnologien investiert hat; siehe [U.S. gets sneak peek at Europe's military tech through CIA-backed fund – Follow the Money](#), abgerufen am 23. November 2025.

106 Siehe [Helsing – 2025 Funding Rounds & List of Investors – Tracxn](#), abgerufen am 23. November 2025.

107 Siehe [Rüstung: Arx Robotics will Europas Verteidigungsfähigkeit stärken](#), abgerufen am 23. November 2025.

108 Siehe auch [Donaustahl GmbH: A Tactical-Scale Contributor to European Defence Sovereignty and Strategic Autonomy](#), abgerufen am 23. November 2025.

109 Interview mit einem MEP, Oktober 2025.

110 Siehe auch [Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie](#), S. 10, abgerufen am 23. November 2025.

5.4 Bemühungen zur Förderung von Innovation und Start-ups im Verteidigungstechnologiesektor

Während die staatliche Beschaffung von Verteidigungstechnologien in den EU-Mitgliedsstaaten bisher zögerlich war, haben die EU, die NATO und einige europäische Regierungen versucht, Innovationen in Verteidigungstechnologien zu fördern und die Finanzierung von Start-ups zu vereinfachen.¹¹¹ In Deutschland zielt das Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz der Bundeswehr, das im Januar 2026 vom Bundestag verabschiedet wurde, unter anderem darauf ab, Hindernisse für Start-ups im Beschaffungsprozess zu mindern. Es ermöglicht auch die Vereinbarung von Vorauszahlungen an Start-ups und weniger finanzstarke Unternehmen zum Ausbau von Produktionskapazitäten.¹¹²

Die Verteidigungstechnologiebranche hofft auf einen Mentalitätswandel im Beschaffungswesen, für das strikte Spezifikationen von bestellten Systemen, die oft erst Jahre später ausgeliefert werden, typisch sind.¹¹³ Um Bundeswehr, Start-ups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen besser miteinander zu vernetzen und die Entwicklung von Innovationen für die Bundeswehr zu fördern, wurde im Februar 2026 in Bayern als Teil des Beschaffungsamtes ein „Innovationszentrum der Bundeswehr“ eingerichtet.¹¹⁴

Auf EU-Ebene unterstützt der Europäische Verteidigungsfonds, der für den Zeitraum 2021–2027 mit einem Budget von 7,3 Milliarden Euro ausgestattet ist, Start-ups im Verteidigungsbereich durch Zuschüsse für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie Projekte zur Fähigkeitsentwicklung (z. B. in den Bereichen autonome Systeme, KI und Chiplets).¹¹⁵ Die Europäische Kommission versucht außerdem, neuen Rüstungsunternehmen den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. So kündigte beispielsweise der Europäische Investitionsfonds (EIF), der Bestandteil der Europäischen Investitionsbank-Gruppe ist und in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen unterstützt, im Mai 2025 eine Investition in Höhe von 40 Millionen Euro in den „Keen's European Defence and Security Tech Fund“ an. Keen Venture Partners will Unternehmen, die Innovationen in Bereichen wie Cyberabwehr, Robotik, KI, autonome Systeme und Weltraumtechnologien voranbringen, in der Frühphase unterstützen.¹¹⁶

111 Die Ausgaben der US-Regierung für Forschung, Entwicklung, Tests und Evaluierung im Verteidigungssektor übersteigen bei Weitem die Ausgaben aller europäischen Regierungen zusammen; siehe auch [IFRI-Bericht](#), S. 14.

112 Siehe [Bundeswehr-Beschaffung: Neues Gesetz stärkt Verteidigungsfähigkeit](#), abgerufen am 6. Februar 2026.

113 Die Verteidigungstechnologiebranche hat sich für flexiblere Rahmenvereinbarungen ausgesprochen, die der rasanten Innovation softwaredefinierter Produkte besser Rechnung tragen; aus Gesprächen mit BranchenvertreterInnen.

114 Siehe [Pistorius eröffnet Innovationszentrum der Bundeswehr in Erding](#), abgerufen am 16. Februar 2026.

115 Das *EU Defence Innovation Scheme*, das Teil des Europäischen Verteidigungsfonds ist, zielt darauf ab, Innovationen unter anderem in den Bereichen fortgeschrittene Sensoren und Biotechnologien zu fördern.

116 Siehe [EIF announces €40 million investment in Keen Venture Partners' European defence and security Tech fund under InvestEU](#), abgerufen am 23. November 2025.

Auch die NATO unterstützt Start-ups und Innovation im Verteidigungstechnologie-sektor. Im Jahr 2022 wurde der NATO-Innovationsfonds mit einem Budget von 1 Milliarde Euro aufgelegt. Dieser multinationale Risikokapitalfonds zielt darauf, Start-ups zu fördern, die in die Entwicklung von Spitzentechnologien für militärische und zivile Anwendungen wie KI, Quantencomputing, Robotik und autonome Systeme eingebunden sind. Durch die Vernetzung von Start-ups mit etablierten Unternehmen und Verteidigungsministerien beabsichtigt der Fonds, eine innovative Rüstungsindustrie in den NATO-Mitgliedsstaaten zu fördern. Der NATO-Innovationsfonds hat beispielsweise europäische Start-ups wie Helsing und das in Portugal ansässige Unternehmen Tekever unterstützt. Im Jahr 2022 hat die NATO den *Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic* (DIANA) eingerichtet. Er soll Forschung und Entwicklung fördern und die Entwicklung von Dual-use- und neuen disruptiven Technologien, die mit den Verteidigungs- und Sicherheitsprioritäten der NATO im Einklang stehen, beschleunigen.¹¹⁷

Trotz dieser Möglichkeiten für europäische Start-ups im Verteidigungstechnologie-sektor ist das Investitionsumfeld in den USA jedoch nach wie vor deutlich vorteilhafter: Einer Analyse von McKinsey zufolge war das Gesamtvolumen der Venture-Deals für Start-ups im Verteidigungsbereich in den USA zwischen 2021 und 2024 fast zweieinhalbmal größer als in Europa.¹¹⁸ In dieser Hinsicht haben Start-ups in den USA im Vergleich zu europäischen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil.

5.5 Die zunehmende Bedeutung von Verteidigungstechnologien für die europäische Sicherheit

Die Bedeutung von Verteidigungstechnologien zur Abschreckung und Verteidigung wird voraussichtlich weiter zunehmen. Als Folge des Eindringens russischer unbewaffneter UAS in das Hoheitsgebiet von NATO-Mitgliedsländern im September 2025 unterstützen beispielsweise zahlreiche europäische Staaten die Errichtung eines Drohnenabwehrsystems¹¹⁹ – ein Konzept, das auch von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, unterstützt wird.¹²⁰ Ähnliche Diskussionen bestehen infolge der Sichtung von nicht identifizierten UAS über deutschen Flughäfen und Militäreinrichtungen. So hat die Bundesregierung im Dezember 2025 das

117 Zu diesem Zweck unterhält DIANA ein Netzwerk von Testzentren in allen NATO-Mitgliedsländern. Das deutsche Testzentrum („Palladion Defence Accelerator“) an der Universität der Bundeswehr in München fördert die Zusammenarbeit zwischen Innovatoren und militärischen Endnutzern sowie Kontakte zu Investoren. Siehe [Palladion – DIANA](#), abgerufen am 23. November 2025.

118 Siehe [Tech startups in the European defense sector – McKinsey](#), abgerufen am 23. November 2025.

119 Ein derartiges Drohnenabwehrsystem wäre ein Netzwerk aus Sensoren, Satelliten, (Counter-)UAS und anderen Technologien. Es sollte als Frühwarn- und Aufklärungssystem dienen, um potenzielle Angriffe zu erkennen, zu verfolgen und zu neutralisieren, und müsste regelmäßig angepasst werden, um neuen Bedrohungen zu begegnen.

120 Europäische Kommission, [2025 State of the Union Address by President von der Leyen](#), 10. September 2025, abgerufen am 23. November 2025.

Gemeinsame Drohnenabwehrzentrum (GDAZ) eröffnet, was zu einer besseren Koordination und Umsetzung von Maßnahmen zur Drohnenabwehr zwischen den Bundes- und Länderbehörden führen soll.

Zwar kann davon ausgegangen werden, dass europäische Verteidigungstechnologie-Anbieter von diesen Entwicklungen erheblich profitieren können.¹²¹ Gleichwohl ist nicht gewährleistet, dass europäische Unternehmen in den kommenden Jahren zu Hauptlieferanten für von den Mitgliedsstaaten beschaffte Verteidigungstechnologien werden. Zahlreiche US-Unternehmen arbeiten deutlich länger als viele ihrer europäischen Konkurrenten an der Entwicklung von Dual-use-Technologien, was sich als Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt herausstellen könnte. Das verdeutlicht das Beispiel des US-Unternehmens Palantir Technologies, das auf die Entwicklung von Software-Plattformen, Big-Data-Analytics und KI-gestützter Datenauswertung spezialisiert ist. Palantir Technologies hat sich zu einem wichtigen Technologiepartner des US-Verteidigungsministeriums entwickelt. So kann das KI-gestützte „Maven Smart System“ große Datenmengen auswerten und wird weltweit von den US-Streitkräften eingesetzt. Außerdem hat die US-Armee Palantir mit der IT-Modernisierung und Softwarevereinheitlichung beauftragt.¹²² Das Unternehmen erbringt daneben Dienstleistungen für eine Vielzahl weiterer US-Behörden, darunter die CIA, das FBI und die Einwanderungsbehörde ICE, sowie ausländische Regierungen (z. B. das israelische Verteidigungsministerium). Die Beziehungen von Palantir Technologies, das von Peter Thiel mitgegründet wurde, zur Trump-Regierung werden jedoch kontrovers diskutiert.¹²³ So wird das Unternehmen beispielsweise dafür kritisiert, dass es mit dem „Department of Government Efficiency“ sowie ICE zusammenarbeitet, um mutmaßliche Nicht-StaatsbürgerInnen in den USA aufzuspüren.¹²⁴ Außerdem soll es Medienberichten zufolge die Bemühungen der US-Regierung unterstützen, personenbezogene Daten von US-BürgerInnen aus verschiedenen Regierungsbehörden zusammenzuführen.¹²⁵

Trotz dieser Kritik in den USA hat die Kommunikations- und Informationsagentur der NATO im März 2025 einen Vertrag mit Palantir über den Kauf des „Maven Smart Systems“ (MSS) abgeschlossen, dessen KI-gestützte Funktionen genutzt werden sollen, um Aufklärungsinformationen, Zielerfassung, Einsatzplanung und andere

121 So testen zum Beispiel laut Medienberichten vom Februar 2026 mehrere NATO-Staaten LMS des deutschen Start-ups Stark Defence; siehe [Rüstungs-Start-up aus Berlin: Stark schließt neuen Vertrag über Kamikaze-Drohnen ab](#), abgerufen am 16. Februar 2026.

122 Siehe auch [In Trump's Washington, Palantir is winning big](#), abgerufen am 23. November 2025. Allerdings gibt es auf Seiten der US-Armee Sicherheitsbedenken in Bezug auf die Nutzung eines Gefechtskommunikationssystems, mit dem die US-Armee die Unternehmen Palantir Technologies und Anduril beauftragt hatte. In einem internen Memo der US-Armee wurde das System aufgrund von Sicherheitslücken als „hochriskant“ eingestuft; siehe auch [Anduril and Palantir battlefield communication system „very high risk,“ US Army memo says](#), abgerufen am 23. November 2025.

123 Diese Diskussion wird auch in Deutschland geführt, wo die Polizeibehörden einiger Bundesländer die Datenanalyse-Software von Palantir einsetzen, während andere Bundesländer die Einführung ablehnen; siehe auch [NATO sparks an „AI gold rush“ – Politico](#), abgerufen am 23. November 2025.

124 Siehe auch [ICE to Use ImmigrationOS by Palantir, a New AI System, to Track Immigrants' Movements](#), abgerufen am 23. November 2025.

125 Siehe auch [Trump Taps Palantir to Compile Data on Americans](#), abgerufen am 23. November 2025.

Unterstützungsfunktionen zusammenzuführen. Nach Angaben der NATO wird die Einführung des Systems KommandeurInnen ermöglichen, „modernste künstliche Intelligenz sicher und zuverlässig bei zentralen militärischen Operationen einzusetzen“.¹²⁶ Das System „MSS NATO“ könnte damit den Standard für datenintensive Systeme innerhalb der NATO-Mitgliedsstaaten setzen, Palantir könnte damit zu einem wichtigen Auftragnehmer europäischer Verteidigungsministerien werden.¹²⁷ So hat das britische Verteidigungsministerium bereits Verträge über eine Zusammenarbeit mit Palantir Technologies abgeschlossen.¹²⁸ Auch der belgische Verteidigungsminister, dem zufolge Palantir an „vorderster Front der europäischen Verteidigung“ steht und ein wichtiger Partner für alle NATO-Mitglieder ist,¹²⁹ bekundete sein Interesse, das „Maven System“ für die belgischen Streitkräfte einzusetzen.¹³⁰ In europäischen Staaten bestehen jedoch auch Bedenken, dass die bereits dominante Position von Palantir Technologies die Abhängigkeit von US-Technologien weiter verschärft (über einen Vendor-Lock-in-Effekt) und somit die technologische Souveränität Europas weiter schwächt. Zu den Produkten von Palantir Technologies, das auch mit der ukrainischen Regierung sowie ukrainischen Rüstungsunternehmen (bei der Plattform „Dataroom“) zusammenarbeitet,¹³¹ gibt es offenbar keine europäischen Alternativen mit ähnlich effektiven technologischen Kapazitäten: In einer Debatte im britischen Unterhaus zur Auswahl von Palantir-Systemen für das britische Verteidigungsministerium rechtfertigte sich ein Regierungsvertreter, dass es dazu keine geeignete britische Alternative gebe.¹³²

126 [NATO acquires AI-enabled Warfighting System – SHAPE](#), abgerufen am 23. November 2025.

127 Siehe [AI on the battlefield: Next stop for Peter Thiel after PayPal, Hulk Hogan, Trump and Facebook, Economy and Business – EL PAÍS English](#), abgerufen am 23. November 2025.

128 Siehe [Palantir's growing influence on the British state](#), abgerufen am 16. Februar 2026. Gleichzeitig kündigte das Unternehmen an, seinen europäischen Hauptsitz nach Großbritannien zu legen; siehe [New strategic partnership to unlock billions and boost military AI and innovation](#), abgerufen am 16. Februar 2026.

129 Siehe [LinkedIn Post, Palantir Technologies](#), abgerufen am 23. November 2025.

130 Siehe [Theo Francken wil „alleen het beste kopen“ voor defensie, desnoods bij het controversiële Palantir](#), abgerufen am 23. November 2025.

131 Siehe [Ukraine feeds sensitive military data to Palantir AI for training](#), abgerufen am 16. Februar 2026.

132 Siehe [Youtube-Video The Government must pivot away from companies like Palantir](#), abgerufen am 16. Februar 2026.

6 Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Haltung der Trump-Regierung gegenüber Europa hat das Vertrauen vieler europäischer Regierungen in die Verlässlichkeit der USA als wichtigem Verbündeten stark erschüttert. Während die meisten europäischen NATO-Mitglieder – darunter auch Deutschland – zu Beginn von Trumps zweiter Amtszeit versucht haben, die Spannungen mit der US-Regierung zu entschärfen, hat zugleich der politische Wille rasant zugenommen, die vielfältige Abhängigkeit von den USA zu verringern. Das vorliegende Paper zeigt, dass die Abhängigkeit von bestimmten Rüstungsgütern aus den USA nicht nur aus einer jahrzehntelangen engen Partnerschaft in der NATO resultiert, sondern auch an strukturellen Schwächen innerhalb der europäischen Verteidigungslandschaft liegt, darunter ein weiterhin fragmentierter Rüstungsmarkt.

Der Plan „Readiness 2030“ der Europäischen Kommission sowie nachfolgende Entscheidungen der EU-Mitgliedsstaaten spiegeln zwar einen allmählichen Mentalitätswandel sowie den Willen zu strukturellen Veränderungen. Allerdings erfordert es Zeit, die europäische technologische und industrielle Verteidigungsbasis zu stärken und umzugestalten, und strukturelle Veränderungen hängen in hohem Maße von den Beschaffungsentscheidungen der nationalen Regierungen ab.

Die deutsche Rüstungsbeschaffungspolitik zeigt stellvertretend das strategische Dilemma, in dem sich viele europäische Regierungen insbesondere seit 2022 befinden, indem sie zwei nur schwer gleichzeitig zu erreichende Zielsetzungen verfolgen: Einerseits will die Bundesregierung die deutsche und europäische Verteidigungsindustrie stärken, was zu Innovation, Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen soll. Andererseits möchte die Bundesregierung, dass kritische militärische Fähigkeitslücken schnell geschlossen werden, um die Abschreckungsfähigkeit der NATO zu stärken und gleichzeitig weiterhin die Ukraine zu unterstützen. Einige wichtige militärische Fähigkeiten wie beispielsweise das Patriot-System werden von US-Unternehmen bezogen. Zwar sind im Zuge der Beschaffungspolitik der letzten Jahre Koproduktionsvereinbarungen mit US-Anbietern entstanden. Diese verstärken allerdings die Pfadabhängigkeit von einigen US-Systemen. Gleichzeitig verdeutlicht das wahrscheinliche Scheitern von FCAS, dass das angespannte transatlantische Verhältnis nicht zwangsläufig zu einem stärkeren Zusammenhalt unter wichtigen europäischen Verbündeten führt.

Durch die erweiterte haushaltspolitische Flexibilität im Verteidigungsbereich wird die Merz-Regierung in die Lage versetzt, einen konsistenteren und nachhaltigeren Kurs einzuschlagen, der die europäische Rüstungsindustrie stärkt. Dies ist ebenso relevant im Verteidigungstechnologiesektor, in dem bisher weder europäische noch US-amerikanische Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung aufgebaut haben. Die aktuelle Situation eröffnet daher für Deutschland – und Europa – die Gelegenheit,

bei der Beschaffung Anbieter aus Europa und assoziierten Partnerstaaten zu bevorzugen und dadurch technologische Innovationen in Europa zu fördern, um eine hohe Abhängigkeit von Drittstaaten zu verhindern und damit Europas strategische Resilienz zu stärken.

Angesichts dieser Befunde sollte die Bundesregierung folgende Optionen in Betracht ziehen:

- **Förderung gemeinsamer europäischer Verteidigungsprojekte:** Die Bundesregierung sollte die Entwicklung eines wettbewerbsfähigen und integrierten europäischen Marktes für Verteidigungsgüter und -dienstleistungen aktiv unterstützen. Sie sollte gemeinsame europäische Entwicklungs- und Produktionsinitiativen unterstützen, um Skaleneffekte zu fördern und die industrielle Fragmentierung zu reduzieren. Durch die Nutzung des Europäischen Verteidigungsindustrieprogramms (EDIP) und anderer EU-Instrumente sollten multinationale Verteidigungsprojekte vorangebracht werden. Bei der Entwicklung und Produktion neuer Technologien – beispielsweise einer weitreichenden Deep-Precision-Strike-Fähigkeit oder strategischen Transportflugzeugen – sollten neue Abhängigkeiten von Drittstaaten vermieden werden.
- **Koordination wichtiger Beschaffungsentscheidungen mit europäischen Partnern:** Bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern sollte Berlin einen europäischen statt einen primär national ausgerichteten Ansatz priorisieren. Wichtige Beschaffungsentscheidungen sollten eng mit den europäischen Partnern abgestimmt werden, um kritische militärische Fähigkeitslücken besser zu schließen. Dabei sollten europäische Systeme bevorzugt berücksichtigt werden, sofern sie in puncto militärischer Leistungsfähigkeit, NATO-Interoperabilität und Kosten mit Angeboten aus Drittstaaten vergleichbar sind.
- **Bevorzugung europäischer Produkte bei der Beschaffung von Verteidigungstechnologien:** Zur Förderung des europäischen Verteidigungstechnologiesektors, der ein kritischer Bestandteil des Rüstungssektors ist, sollte die Bundesregierung bei der Beschaffung Anbieter aus Europa und assoziierten Partnerstaaten bevorzugen. Dazu sollte Berlin den Wettbewerb in der Branche fördern, um Innovation zu begünstigen. In diesem Sinne sollte das Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz genutzt werden, um Start-ups sowie kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Beschaffungsverfahren zu erleichtern und bürokratische Hindernisse abzubauen. Um technologische Souveränität und operative Unabhängigkeit sicherzustellen, sollte bei der Beschaffung softwaredefinierter Systeme sichergestellt sein, dass die Kontrolle über die Software, Updates und Wartung in Europa verbleibt.
- **Unterstützung für neue Verteidigungstechnologien erhöhen:** Die europäischen Regierungen sollten übermäßige Abhängigkeiten von einem oder wenigen Anbietern – wie am Beispiel „Maven Smart System“ dargestellt – in

Schlüsseltechnologien reduzieren und Entwicklungsprojekte in zukunftsrelevanten Verteidigungsbereichen intensiver fördern. So könnte beispielsweise die Entwicklung eines gemeinsamen KI-gestützten Systems vorangebracht werden, das Daten aus verschiedenen Quellen zusammenführt, Lageerfassung in Echtzeit ermöglicht und Entscheidungshilfen bereitstellt. Dabei muss gewährleistet sein, dass sämtliche kritischen Entscheidungen vollständig unter menschlicher Kontrolle bleiben. EU-Programme, wie der Europäische Verteidigungsfonds, können Forschung und Entwicklung solcher Projekte unterstützen und zugleich Innovation in angrenzenden Bereichen fördern.

- **Stärkung geopolitischer Risikobewertungen bei der Beschaffung von Rüstungsgütern:** Beschaffungsentscheidungen für Rüstungsgüter sollten auf fundierten Risikobewertungen basieren, die auch Veränderungen in der Politik und den außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten wichtiger Verbündeter berücksichtigen. Beispielsweise sollte im Fall der USA das Risiko berücksichtigt werden, dass bei von europäischen Partnern bestellten Verteidigungssystemen die US-Regierung Lieferungen, Wartungen und Software-Updates verzögern oder andere Partner priorisieren könnte. Der Nationale Sicherheitsrat könnte in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien und Behörden eine koordinierende Rolle bei der Entwicklung dieser Risikobewertungen übernehmen.
- **Regelmäßige Bewertung kritischer Abhängigkeiten von Drittstaaten:** Die Bundesregierung könnte daneben einen Überprüfungsmechanismus einrichten, um kritische Abhängigkeiten von Drittstaaten in der Rüstungsbeschaffung systematisch zu bewerten. Dabei sollten Systeme und Technologien, die besonders anfällig für Lieferverzögerungen oder -beschränkungen sind, identifiziert und die Machbarkeit, Kosten sowie strategischen Auswirkungen eines Systemwechsels analysiert werden. Der Prozess könnte auch Fortschrittsberichte umfassen, um zu bemessen, inwieweit kritische Abhängigkeiten innerhalb eines definierten Zeitraums reduziert wurden.
- **Enge Abstimmung der Risiko- und Abhängigkeitsbewertungen mit den europäischen Verbündeten:** Die Risiko- und Abhängigkeitsbewertungen sollten mit ähnlichen Einheiten und Institutionen in der EU und anderen EU-Mitgliedsstaaten abgeglichen werden. Ziel sollte sein, den Austausch über kritische Abhängigkeiten zu fördern, das gemeinsame Bewusstsein für strukturelle Schwachstellen Europas zu stärken und deren Bewältigung zu erleichtern.
- **Klare Kommunikation mit den USA:** Die Bundesregierung sollte in der Kommunikation mit der US-Regierung und dem Kongress deutlich machen, dass die Stärkung der europäischen technologischen und industriellen Verteidigungsbasis nicht auf eine Abkoppelung von den USA abzielt. Es geht vielmehr darum, die kollektive Resilienz der NATO zu steigern und kritische Schwachstellen Europas zu reduzieren. Berlin sollte vermitteln, dass diese Maßnahmen sowohl die europäischen Fähigkeiten zur Abschreckung und Verteidigung stärken als auch ausgewogenere Beziehungen innerhalb der NATO fördern.

Danksagung

Der Autor bedankt sich bei Teresa Eder für die Unterstützung bei der ursprünglichen Version des Papers, Sabine Hämmerling für die Unterstützung bei der aktualisierten Version und Silvie Horch für das gründliche und hilfreiche Lektorat. Er bedankt sich außerdem bei ExpertInnen im Deutschen Bundestag, Europäischen Parlament, in Bundesbehörden, diplomatischen Vertretungen, Start-ups, Unternehmen und Forschungsinstituten, die sich Zeit für Hintergrundgespräche zum Thema genommen haben.

Der Autor

Dr. Dominik Tolksdorf ist freiberuflicher Politikwissenschaftler und lebt in Berlin. Er forscht, lehrt und berät zu Themen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und den transatlantischen Beziehungen. Zudem ist er Senior Fellow beim Global Governance Institute (GGI) und Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), für die er zuvor als Research Fellow gearbeitet hat. Zuvor hat er fast zehn Jahre in Washington, D. C. gearbeitet, darunter als Programmleiter für Außen- und Sicherheitspolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington, D. C. Er hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München in Politikwissenschaft promoviert und ein Buch über die Politik der Europäischen Union gegenüber Bosnien und Herzegowina veröffentlicht.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Fachkontakt: Sabine Hämmerling,
Referentin für Transatlantische Beziehungen
sabine.haemmerling@boell.de

Übersetzung aus dem Englischen: Bettina von Arps-Aubert

Layout: Constantin Mawrodiew, feinkost Design (feinkost-design.de)

Erscheinungsort: www.boell.de
Erscheinungsdatum: April 2026

Titelmotiv: Arun Prakash – unsplash

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Weitere Publikationen zum Download unter:
www.boell.de/publikationen